

OGB PRESSESPIEGEL KOMMUNIKATION

9.11.2022



Dieser Pressespiegel ist ein Produkt der APA-DeFacto GmbH
und dient ausschließlich Ihrer persönlichen Information.

Inhaltsverzeichnis

Wie 15 Prozent Lohnplus begründet werden Der Standard vom 09.11.2022 (Seite 11)	Seite 4
Weiter dicke Bretter bohren Der Standard vom 09.11.2022 (Seite 32)	Seite 7
Streit im Sozialbereich für bessere Arbeitsbedingungen Kurier vom 09.11.2022 (Seite 8)	Seite 9
Arbeitskampf für höhere Löhne in der Sozialwirtschaft ÖÖNachrichten vom 09.11.2022 (Seite 2)	Seite 11
Pflege-Demo: Winken allein genügt schon lange nicht Österreich vom 09.11.2022 (Seite 12)	Seite 13
Die Sozialwirtschaft demonstriert Salzburger Nachrichten vom 09.11.2022 (Seite 2)	Seite 16
Bei KV-Gesprächen rumpelt es Tiroler Tageszeitung vom 09.11.2022 (Seite 20)	Seite 18
Pflegekräfte sind „streikbereit“ Wiener Zeitung vom 09.11.2022 (Seite 4)	Seite 20
Ö1 Journal um fünf 17:00 (17:00) - Stockende Gerhaltsverhandlungen: Betriebsversammlungen im privaten Pflege- und Sozialbereich Ö1 Journal um fünf 17:00 vom 08.11.2022	Seite 22
Ö1 Mittagsjournal 12:00 (12:00) - KV-Verhandlungen: Betriebsversammlungen und Demonstration bei der Sozialwirtschaft Ö1 Mittagsjournal 12:00 vom 08.11.2022	Seite 23
Ö1 Morgenjournal 07:00 (07:00) - Sozialwirtschaft-KV: Betriebsversammlungen finden statt Ö1 Morgenjournal 07:00 vom 08.11.2022	Seite 24
Ö1 Morgenjournal 08:00 (08:00) - KV-Verhandlungen: Beschäftigte der Sozialwirtschaft demonstrieren Ö1 Morgenjournal 08:00 vom 08.11.2022	Seite 25
Ö3 Mittagsjournal 12:00 (12:00) - Sozialwirtschaft-KV: Betriebsversammlungen und Demo in Wien Ö3 Mittagsjournal 12:00 vom 08.11.2022	Seite 26
Zeit im Bild 1 (19:30) - Pflege- und Sozialbereich fordert höhere Gehälter Zeit im Bild 1 vom 08.11.2022	Seite 27
ZIB 9 (09:00) - Sozialwirtschaft-KV: Gewerkschaft erhöht Druck ZIB 9 vom 08.11.2022	Seite 28
ZIB Flash 21:50 (21:50) - Pflege- und Sozialbereich demonstriert für mehr Gehalt ZIB Flash 21:50 vom 08.11.2022	Seite 29
Radio Burgenland Nachrichten (22:00) Radio Burgenland vom 08.11.2022	Seite 30
Radio Kärnten Journal 17:00 Radio Kärnten vom 08.11.2022	Seite 31
Radio Niederösterreich-Journal 12:02 Radio Niederösterreich vom 08.11.2022	Seite 32

Radio Niederösterreich-Journal 17:00 Radio Niederösterreich vom 08.11.2022	Seite 33
Radio Niederösterreich Nachrichten (22:00) Radio Niederösterreich vom 08.11.2022	Seite 34
Radio Oberösterreich Nachrichten 12:30 Radio Oberösterreich vom 08.11.2022	Seite 35
Radio Oberösterreich Nachrichten (22:00) Radio Oberösterreich vom 08.11.2022	Seite 36
Radio Salzburg Nachrichten (22:00) Radio Salzburg vom 08.11.2022	Seite 37
Radio Steiermark Nachrichten (22:00) Radio Steiermark vom 08.11.2022	Seite 38
Radio Tirol Weltnachrichten - Nachtjournal (22:00) Radio Tirol vom 08.11.2022	Seite 39
Radio Vorarlberg Nachrichten (22:00) Radio Vorarlberg vom 08.11.2022	Seite 40
Radio Wien Stadtjournal 07:00 Radio Wien vom 08.11.2022	Seite 41
Radio Wien Stadtjournal 12:00 Radio Wien vom 08.11.2022	Seite 42
Radio Wien Stadtjournal (22:00) Radio Wien vom 08.11.2022	Seite 43
„Der Applaus zahlt keine Rechnungen“ Kleine Zeitung vom 08.11.2022 (Seite 24-25)	Seite 44
„Personal halten geht nur mit fairem Gehalt“ Kronen Zeitung vom 08.11.2022 (Seite 16)	Seite 49

"Der Standard" vom 09.11.2022 Seite: 11 Ressort: Wirtschaft Von: András Szigetvari Bundesland Abend, Bundesland

Wie 15 Prozent Lohnplus begründet werden

Die Gewerkschaft zeigt mit einem Protestmarsch Muskeln bei den Verhandlungen für die 130.000 Angestellten der Sozialwirtschaft. Ob sie einen zweistelligen Abschluss hinbekommt, ist fraglich.

Sie betreuen Schulkinder am Nachmittag, pflegen alte Menschen oder kümmern sich um Jugend- und Behindertenwohnheime. Sie arbeiten als Sozialarbeiter und beraten Jobsuchende. Es ist eine bunt zusammengewürfelte Gruppe von Beschäftigten aus verschiedensten Berufen, für die aktuell bei den Kollektivvertragsverhandlungen der Sozialwirtschaft um einen Lohnabschluss gerungen wird. Am Dienstag machten tausende Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Sektors ihrem Unmut über die schleppenden Gespräche mit den Arbeitgebern Luft: In Form zahlreicher Betriebsversammlungen in Wien wurde demonstriert.

Interesse haben die Lohnverhandlungen in der Sozialwirtschaft schon vor dem Protesttag geweckt, und das liegt an der forschenden Forderung der Gewerkschaften: Sie wollen 15 Prozent mehr Lohn.

Das liegt deutlich über der Anfangsforderung der starken Metallergewerkschaft, die mit dem Wunsch nach plus 10,6 Prozent in die Verhandlungen gegangen war (und im Schnitt 7,4 bekommen hat). Auch im Handel werden aktuell „nur“ zehn Prozent gefordert. Wieso also verlangen die Gewerkschaften Vida (Dienstleistungen) und GPA (Privatangestellte) so viel mehr in der Sozialwirtschaft – und werden sie sich durchsetzen?

Abgegolten wird in den Lohnverhandlungen immer die Inflationsrate der zurückliegenden zwölf Monate. Für die Sozialwirtschaft ist dieser Wert bereits etwas höher als bei den Metallern, weil auch der Oktober, wo die Teuerung bereits bei elf Prozent lag, schon in die Berechnung eingeht. Aber das erklärt nur einen kleinen Teil der Differenz.

Rückenwind ...

Wer beteiligte Gewerkschafter nach den 15 Prozent fragt, bekommt zu hören, dass die vergangenen drei Jahre mit der Pandemie für die Beschäftigten besonders herausfordernd waren, dass sich der Personalmangel in der Branche immer stärker bemerkbar mache, was zusätzliche Belastungen bringe. Und dass es generell an der Zeit wäre, die harte Arbeit, die vor allem von Frauen erledigt wird, gut abzugelten, wie Vida-Verhandlerin Michaela Guglberger sagt. 130.000 Beschäftigte umfasst die Sozialwirtschaft, und gut 70 Prozent davon sind Frauen.

Die Branche ist kein Niedriglohnsektor, die Einstiegsgehälter für Fachsozialarbeiterinnen in der Altenpflege liegen bei 2278 Euro Vollzeit, für Heimhilfen bei 1965 Euro. Aber im Vergleich zu anderen Sektoren, besonders der Industrie, sind die Löhne bescheidener, bezahlt wird nach Kollektivvertrag, Überzahlungen sind selten. Dazu kommt, dass viel Teilzeit gearbeitet wird.

... bisher nicht genutzt

Aber auch andere Jobs sind hart, für die hohe Forderung muss es noch andere Gründe geben. Ein Faktor dürfte sein, dass in der Sozialwirtschaft der letzte Kollektivvertrag im April 2020 fixiert wurde, mit einer Geltungsdauer von drei Jahren. Der Abschluss lässt sich im Vergleich zu Tarifvereinbarungen aus anderen Branchen sehen, in den ersten beiden Jahre war das Plus höher als bei den Metallern. Doch lange, mehrjährige Abschlüsse sind riskant – wie sich hier wieder zeigt.

Denn ausgerechnet im Hochinflationjahr 2022 gab es für einen Teil der Beschäftigten, das Drittel, das Vollzeit arbeitet, statt mehr Geld nur eine Verkürzung der Arbeitszeit von 38 auf 37 Stunden. Die übrigen Beschäftigten bekamen 2,7 Prozent mehr Lohn, was im Vergleich kein schlechter, aber auch kein sehr guter Abschluss war. Hinzu kommt, dass vor allem die Pflegebranche seit

der Pandemie öffentlichen Rückenwind verspürt – diesen ob des lang im Vorhinein vereinbarten Kollektivvertrags aber bisher nicht in höhere Löhne ummünzen konnte.

Ein weiterer Faktor ist, dass die Löhne der Sozialwirtschaft von der öffentlichen Hand bezahlt werden: Die großen Arbeitgeber sind Volkshilfe, Hilfswerk, Caritas Socialis. Sie bekommen den größten Teil der Ausgaben fürs Pflegepersonal von den Ländern ersetzt. Ein weiterer großer Geldgeber sind AMS und Gemeinden. Die Gewerkschaften versuchen mit den Protesten auch Druck auf öffentliche Geldgeber aufzubauen: Diese sollen nicht knausrig sein, so die Botschaft.

Die Arbeitgeber nennen freilich noch einen Grund für die 15 Prozent: Walter Marschitz, Geschäftsführer des Vereins Sozialwirtschaft Österreich, der die Interessen der Arbeitgeber vertritt, sagt, dass bei der Formulierung der Lohnforderungen aufseiten der Gewerkschaft Betriebsräte ein großes Mitspracherecht haben, größer als in anderen Branchen, weshalb die Gespräche manchmal eine „Eigendynamik“ entwickeln. Es sei nicht das erste Mal, dass die Gewerkschaft viel mehr will, als am Ende herauschaut.

Jeder kämpft

Die Arbeitgeber bieten derzeit 7,5 Prozent mehr Lohn. Das entspricht gerade der Inflation im relevanten Zeitraum und dürfte noch nachgebessert werden. Allerdings sagt Marschitz auch, dass er einen Abschluss, der sich weit vom Metallenergebnis, der Benchmark, wegbewegt, für nicht realistisch hält. Die Arbeitgeber können nur so viel geben, wie sie denken, dass die öffentliche Hand bereit ist mitzugehen.

Dass die Gewerkschaft zu Protesten aufrufe, sei Teil der üblichen Mobilisierung: Jede Seite wolle zeigen, wie hart sie kämpfe, sonst lasse sich ein Abschluss den eigenen Leuten nicht verkaufen. Vida und GPA haben sich noch keine Streikfreigabe geholt – somit bleibt noch Spielraum für eine Einigung bei der Verhandlungsrunde am 16. November. Kommentar Seite 32

Wie 15 Prozent Lohnplus begründet werden

Sie betreuen Schulkinder am Nachmittag, pflegen alte Menschen oder kümmern sich um Jugend- und Behindertenwohnheime. Sie arbeiten als Sozialarbeiter und beraten Jobsuchende. Es ist eine bunt zusammengewürfelte Gruppe von Beschäftigten aus verschiedensten Berufen, für die aktuell bei den Kollektivvertragsverhandlungen der Sozialwirtschaft um einen Lohnabschluss gerungen wird. Am Dienstag machten tausende Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Sektors ihrem Unmut über die schleppenden Gespräche mit den Arbeitgebern Luft: In Form zahlreicher Betriebsversammlungen in Wien wurde demonstriert.

Interesse haben die Lohnverhandlungen in der Sozialwirtschaft schon vor dem Protesttag geweckt, und das liegt an der forschenden Forderung der Gewerkschaften: Sie wollen 15 Prozent mehr Lohn.

Das liegt deutlich über der Anfangsforderung der starken Metallergewerkschaft, die mit dem Wunsch nach plus 10,6 Prozent in die Verhandlungen gegangen war (und im Schnitt 7,4 bekommen hat). Auch im Handel werden aktuell „nur“ zehn Prozent gefordert. Wieso also verlangen die Gewerkschaften Vida (Dienstleistungen) und GPA (Privatangestellte) so viel mehr in der Sozialwirtschaft – und werden sie sich durchsetzen?

Abgegolten wird in den Lohnverhandlungen immer die Inflationsrate der zurückliegenden zwölf Monate. Für die Sozialwirtschaft ist dieser Wert bereits etwas höher als bei den Metallern, weil auch der Oktober, wo die Teuerung bereits bei elf Prozent lag, schon in die Berechnung eingeht. Aber das erklärt nur einen kleinen Teil der Differenz.

Rückenwind ...

Wer beteiligte Gewerkschafter nach den 15 Prozent fragt, bekommt zu hören, dass die vergangenen drei Jahre mit der Pandemie für die Beschäftigten besonders herausfordernd waren, dass sich der Personal-mangel in der Branche immer stärker bemerkbar mache, was zusätzliche Belastungen bringe. Und dass es generell an der Zeit wäre, die harte Arbeit, die vor allem von Frauen erledigt wird, gut abzugelten, wie Vida-Verhandlerin Michaela Guglberger sagt. 130.000 Beschäftigte umfasst die Sozialwirtschaft, und gut 70 Prozent davon sind Frauen.

Die Branche ist kein Niedriglohnsektor, die Einstiegsgehälter für Fachsozialarbeiterinnen in der Altenpflege liegen bei 2278 Euro Vollzeit, für Heimhilfen bei 1965 Euro. Aber im Vergleich zu anderen Sektoren, besonders der Industrie, sind die Löhne bescheidener, bezahlt wird nach Kollektivvertrag, Überzahlungen sind selten. Dazu kommt, dass viel Teilzeit gearbeitet wird.

... bisher nicht genutzt

Aber auch andere Jobs sind hart, für die hohe Forderung muss es noch andere Gründe geben. Ein Faktor dürfte sein, dass in der Sozialwirtschaft der letzte Kollektivvertrag im April 2020 fixiert wurde, mit einer Geltungsdauer von drei Jahren. Der Abschluss lässt sich im Vergleich zu Tarifvereinbarungen aus anderen Branchen sehen, in den ersten beiden Jahre war das Plus höher als bei den Metallern. Doch lange, mehrjährige Abschlüsse sind riskant – wie sich hier wieder zeigt.

Denn ausgerechnet im Hochinflationjahr 2022 gab es für einen Teil der Beschäftigten, das Drittel, das Vollzeit arbeitet, statt mehr Geld nur eine Verkürzung der Arbeitszeit von 38 auf 37 Stunden. Die übrigen Beschäftigten bekamen 2,7 Prozent mehr Lohn, was im Vergleich kein

schlechter, aber auch kein sehr guter Abschluss war. Hinzu kommt, dass vor allem die Pflegebranche seit der Pandemie öffentlichen Rückenwind verspürt – diesen ob des lang im Vorhinein vereinbarten Kollektivvertrags aber bisher nicht in höhere Löhne ummünzen konnte.

Ein weiterer Faktor ist, dass die Löhne der Sozialwirtschaft von der öffentlichen Hand bezahlt werden: Die großen Arbeitgeber sind Volkshilfe, Hilfswerk, Caritas Socialis. Sie bekommen den größten Teil der Ausgaben fürs Pflegepersonal von den Ländern ersetzt. Ein weiterer großer Geldgeber sind AMS und Gemeinden. Die Gewerkschaften versuchen mit den Protesten auch Druck auf öffentliche Geldgeber aufzubauen: Diese sollen nicht knausrig sein, so die Botschaft.

Die Arbeitgeber nennen freilich noch einen Grund für die 15 Prozent: Walter Marschitz, Geschäftsführer des Vereins Sozialwirtschaft Österreich, der die Interessen der Arbeitgeber vertritt, sagt, dass bei der Formulierung der Lohnforderungen aufseiten der Gewerkschaft Betriebsräte ein großes Mitspracherecht

haben, größer als in anderen Branchen, weshalb die Gespräche manchmal eine „Eigendynamik“ entwickeln. Es sei nicht das erste Mal, dass die Gewerkschaft viel mehr will, als am Ende herauschaut.

Jeder kämpft

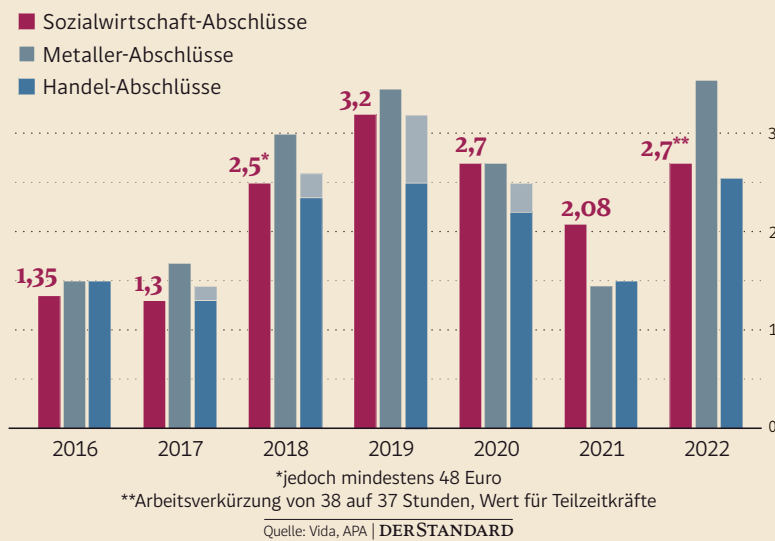
Die Arbeitgeber bieten derzeit 7,5 Prozent mehr Lohn. Das entspricht gerade der Inflation im relevanten Zeitraum und dürfte noch nachgebessert werden. Allerdings sagt Marschitz auch, dass er einen Abschluss, der sich weit vom Metallenergebnis, der Benchmark, wegbeugt, für nicht realistisch hält. Die Arbeitgeber können nur so viel geben, wie die denken, dass die öffentliche Hand bereit ist mitzugehen.

Dass die Gewerkschaft zu Protesten aufrufe, sei Teil der üblichen Mobilisierung: Jede Seite wolle zeigen, wie hart sie kämpfe, sonst lasse sich ein Abschluss den eigenen Leuten nicht verkaufen. Vida und GPA haben sich noch keine Streikfreigabe geholt – somit bleibt noch Spielraum für eine Einigung bei der Verhandlungsrunde am 16. November. **Kommentar Seite 32**

András Szigetvari

Wer wie viel mehr bekommt

Erhöhung bei Tarifverhandlungen in Prozent



Quelle: Vida, APA | DERSTANDARD

GEBEN SIE DEN TAKT VOR

Und schaffen Sie Großes.

trend.

FOR LEADERS IN BUSINESS.

"Der Standard" vom 09.11.2022 Seite: 32 Ressort: Kommentar Von: Regina Bruckner Niederösterreich, Bundesland Abend, Bundesland

lohnverhandlungen

Weiter dicke Bretter bohren

In der Sozialwirtschaft wird wieder gestreikt. Zum wie vielen Mal gleich? Die Beschäftigten in Horten, Pflegeeinrichtungen, Behindertenwerkstätten fordern um 15 Prozent mehr Gehalt. Kein Zweifel, das sind keine Peanuts. Die Arbeitgeber, in der Hauptsache die großen Sozialvereine, bieten 7,5 Prozent. Zur Erinnerung: Die Metaller bekommen im Schnitt um 7,44 Prozent mehr.

Die Forderung wird auch nicht erfüllt werden. Trotzdem ist sie berechtigt. Die Jobs, die vielfach teilzeitbeschäftigte Frauen verrichten, spielen eine gesellschaftlich wichtige Rolle. Überbezahlt sind sie nicht. Um Nachwuchs wird schwer gekämpft, vor allem in der Pflege. Dabei wird der Bedarf angesichts der demografischen Entwicklung massiv steigen – und das in wenigen Jahren. Die öffentliche Hand muss also mehr Mittel dafür in die Hand nehmen. Aber auch personell muss aufgestockt werden. Die ohnehin anstrengende Arbeit hat sich aufgrund vieler unbesetzter Stellen stark verdichtet.

Hier beißt sich die Katze in den Schwanz – mehr Personal gibt es nur, wenn neben der Bezahlung auch die Rahmenbedingungen stimmen. Einen gordischen Knoten durchschlagen, das funktioniert hier leider nicht. Es heißt weiter dicke Bretter bohren, Jahr für Jahr die Arbeitszeit reduzieren und die Gehälter stufenweise erhöhen. Heuer darf es angesichts der Rekordteuerung auch ein bisschen mehr sein.

ZERO-COVID-POLITIK IN CHINA

Klar ist nur der hohe Preis

Philipp Mattheis

Chinas Zero-Covid-Politik ist ein Rätsel. Während im Rest der Welt nach zwei Jahren Pandemiemaßnahmen weitgehend wieder Normalität eingekehrt ist, verharrt die zweitgrößte Volkswirtschaft in einem Lockdown-Albtraum, der die Bevölkerung, die heimische Wirtschaft und die globale Konjunktur quält. Erklärungsversuche gibt es, nur keine Hypothese ist hinreichend.

Die wahrscheinlichste ist die, wonach Xi Jinping sich schlicht verrannt hat. Weil die oberste Führung jahrelang vor der Gefährlichkeit des Virus warnte, ist ein Zurück jetzt nicht mehr möglich. Sture, irrationale Kampagnen haben zumindest Tradition in der Geschichte des kommunistischen China: Mao wollte mal alle Spatzen töten lassen, um die Ernte zu steigern.

Oder nutzt Xi die Lockdowns und Quarantänelager insgeheim dazu, parteiinterne Widersacher mit einem Angstszenario in Schach zu halten? Dann aber müsste es spätestens jetzt nach dem Nationalen Volkskongress, auf dem Xi seine Macht bestätigt hat, Lockerungen geben. Sind die Lockdowns, die die Inflation immer stärker anheizen, am Ende eine Art hybrider Krieg gegen den Westen? Dagegen spricht, dass die Energiepreise hierzulande bei einer voll laufenden Wirtschaft Chinas noch höher wären. Auch warum Xi den ausländischen mRNA-Impfstoffen so sehr misstraut, ist nicht klar.

Tatsache ist nur: Der Preis für diese rigorose Politik steigt stetig – wirtschaftlich und menschlich.

AMTSGEHEIMNIS

Nein zu sagen reicht nicht

Sebastian Fellner

Warum liegt ein fertiger Gesetzestext für die Abschaffung des Amtsgeheimnisses seit eineinhalb Jahren herum, ohne beschlossen zu werden? Er scheitert an der ÖVP: Maßgebliche Kräfte in der Partei wollen das von ihrer Verfassungsministerin mit dem grünen Koalitionspartner paktierte Informationsfreiheitsgesetz nicht. Gemeinden fürchten den Verwaltungsaufwand, wenn Bürgerinnen und Bürger wissen sollen, was ihr Staat tut. Das gilt zwar auch für rote Länder und Städte – doch die Koalition muss sich erst intern einig werden, bevor sie die Schuld auf Dritte schiebt.

Man sollte meinen, dass die türkisen Kritiker zumindest Vorschläge machen, wie die aufgezeigten Probleme gelöst werden können. Offenbar passiert das aber nicht, sonst wäre das Gesetz ja längst adaptiert und beschlossen. In der ÖVP wird aber nur blockiert, nicht diskutiert. Zweifelsohne können ja vor allem kleine Gemeinden schnell von Anfragen überfordert sein. Lösungsansätze gibt es: Die Bundes-SPÖ schlägt vor, dass Bezirkshauptmannschaften in diesen Fällen aushelfen. NGOs schwebt eine eigene Servicestelle für Fragende und Befragte vor. Beides wird nicht aufgegriffen.

Lange können die Amtsgeheimnisbewahrer innerhalb der Volkspartei nicht mehr auf Gegenvorschläge verzichten. Sonst wirkt es, als wären ihre Einwände nur vorgeschoben. Und Transparenzverweigerung aus Prinzip ist im Jahr 2022 einfach nicht mehr vertretbar.

LOHNVERHANDLUNGEN

Weiter dicke Bretter bohren

Regina Bruckner

In der Sozialwirtschaft wird wieder gestreikt. Zum wie vielen Mal gleich? Die Beschäftigten in Horten, Pflegeeinrichtungen, Behindertenwerkstätten fordern um 15 Prozent mehr Gehalt. Kein Zweifel, das sind keine Peanuts. Die Arbeitgeber, in der Hauptsache die großen Sozialvereine, bieten 7,5 Prozent. Zur Erinnerung: Die Metaller bekommen im Schnitt um 7,44 Prozent mehr.

Die Forderung wird auch nicht erfüllt werden. Trotzdem ist sie berechtigt. Die Jobs, die vielfach teilzeitbeschäftigte Frauen verrichten, spielen eine gesellschaftlich wichtige Rolle. Überbezahlt sind sie nicht. Um Nachwuchs wird schwer gekämpft, vor allem in der Pflege. Dabei wird der Bedarf angesichts der demografischen Entwicklung massiv steigen – und das in wenigen Jahren. Die öffentliche Hand muss also mehr Mittel dafür in die Hand nehmen. Aber auch personell muss aufgestockt werden. Die ohnehin anstrengende Arbeit hat sich aufgrund vieler unbesetzter Stellen stark verdichtet.

Hier beißt sich die Katze in den Schwanz – mehr Personal gibt es nur, wenn neben der Bezahlung auch die Rahmenbedingungen stimmen. Einen gordischen Knoten durchschlagen, das funktioniert hier leider nicht. Es heißt weiter dicke Bretter bohren, Jahr für Jahr die Arbeitszeit reduzieren und die Gehälter stufenweise erhöhen. Heuer darf es angesichts der Rekordteuerung auch ein bisschen mehr sein.



Geld für Klimaschäden ist ein Irrweg

Neue Forderungen des Globalen Südens erschweren den Kampf gegen die Erderhitzung

Eric Frey

Seit Jahren steht auf den alljährlichen Klimakonferenzen eine Frage im Mittelpunkt: Wie viel Geld soll aus den reichen Industriestaaten im Norden in die Staaten des Globalen Südens fließen, um sie im Kampf gegen die Klimakrise zu unterstützen? Stets wurde mehr versprochen als eingelöst, was Jahr für Jahr für böses Blut sorgt.

Bei der COP 27 in Sharm El-Sheikh steht eine neue Forderung auf der Tagesordnung, die für noch mehr Konflikte sorgen wird: Die von der Erderhitzung besonders schwer betroffenen Entwicklungsländer wollen nicht nur Hilfe für die Zukunft, sondern Schadenersatz für bereits entstandene Verluste. So angemessen dieses Begehren aus moralischer Sicht wirkt, so problematisch ist es für die Zukunft der globalen Klimapolitik.

Bisher waren die Zahlungen an den Süden bei Klimaaktivisten nicht gut angeschrieben. Anfangs stand ein marktwirtschaftliches Konzept dahinter, auf dem auch der Emissionshandel in der EU beruht: Maßnahmen zur CO₂-Reduktion sollen dort stattfinden, wo sie am meisten bringen und am wenigsten kosten. Das ist oft in Entwicklungsländern der Fall, wo man mit geringen Investitionen den CO₂-Ausstoß verringern kann, etwa durch moderne Kochöfen, die Holzkohle ersetzen, den Schutz der Regenwälder oder den Ausbau der Solarenergie. Wenn Industriestaaten dafür zahlen, dass sie selbst etwas weniger CO₂ einsparen, tragen sie zum globalen Klimaschutz bei. Doch Kritiker sehen darin einen Freikauf von den eigenen Verpflichtungen – einen ethisch anstößigen Ablasshandel.

Ein weiterer Grund für Zahlungen ist die Finanzierung von Anpassungsmaßnahmen für die Folgen der Klimakrise – Hochwasserschutz und Sturmwarnsysteme gegen den steigenden Meeresspiegel, Bewässerungstechnologie und die Entwicklung dürreresistenter Pflanzen gegen den Wassermangel. Auch das stößt bei Umweltgruppen auf Skepsis: Es sei ein Zeichen der Resignation, das den Kampf gegen die Erderhitzung untergrabe.

Beide Zugänge erfüllen allerdings wertvolle Zwecke: Der eine bekämpft die Erderwärmung, der andere schützt die Menschen vor den Folgen. Die Forderung nach Schadenersatz – Loss and Damage – trägt hingegen wenig oder gar nichts dazu bei, um zukünftige Emissio-

nen zu verringern. Denn Staaten wären nicht verpflichtet, das Geld zweckgebunden einzusetzen.

Dazu kommt, dass sich Ausmaß und Ursachen von Klimaschäden nicht messen lassen. Fluten, Dürren und Wirbelstürme gab es immer schon; wie viel der CO₂-Ausstoß des Nordens zu einzelnen Naturkatastrophen beiträgt, ist nicht belegbar. Es gibt daher auch keine klare Grenze für die Höhe der Forderungen.

Es ist auch unklar, ob deutlich höhere Transferzahlungen an den Globalen Süden das Leben der Menschen dort verbessern. In allzu vielen Staaten vers-

ckern Entwicklungsgelder im Sumpf der Korruption oder stärken bloß die Macht von Diktatoren.

Zu Recht wehren sich die Industriestaaten gegen die Forderung. Geben sie dem öffentlichen Druck nach und kommt es zu symbolischen Zahlungen, dann stellt das niemanden zufrieden. Die Folge wäre bloß Unmut auf allen Seiten, der weitere Klimaschritte erschwert.

Die Zahlungen an arme Länder sollen steigen, aber zielgerichtet und effizient. Die Klimakrise ist ein weltbedrohendes Problem, das sich nicht über Fragen von Schuld und Sühne lösen lässt.

KOPF DES TAGES

Geächteter Diener Ihrer Majestät



Peter Morgan ist Chefautor der erfolgreichen Netflix-Serie „The Crown“.

Foto: Reuters / Peter Nicholls

Große Interviews gibt Peter Morgan schon seit längerem keine mehr. Zu heftig schlägt das Erregungsspendel mittlerweile aus, wenn es um die von ihm erfundene Serie *The Crown* geht. Die fünfte Staffel über Auf und Abs der britischen Königin und ihrer Entourage ist jetzt abrufbar. Es geht um die Skandale der Royals, um das Ehedrama von Charles und Diana, das sture Festhalten des Königshauses an veralteten Traditionen, um die bisweilen kaltherzig wirkende Elizabeth II.

Und das zwei Monate nach dem Tod der Queen. Seit Wochen tobt der Shitstorm. Morgan werden Sensationsgier und Respektlosigkeit vorgeworfen. Jene, die an der Krone hängen, sind in Rage, sogar die Royals sind angeblich verärgert.

Man kann das Schweigen des 59-jährigen Briten verstehen, eine gewisse Enttäuschung über den medialen Sturm wäre ebenso nachvollziehbar.

Peter Julian Robin Morgan kam 1963 in Wimbledon zur Welt. Seine Eltern flüchteten 1933 aus Dresden vor den Nazis. Sein jüdischer Vater Arthur Morgenthau kam als 18-Jähriger nach London, seine Mutter Inga war eine polnische Katholikin aus Schlesien. Bereits in den 1990er-Jahren schrieb Morgan erste Drehbücher. Bekanntheit erlangte er

2002 mit *The Deal*, einer Serie über einen Pakt der Labour-Politiker Tony Blair und Gordon Brown.

Morgans Leidenschaft ist englische Geschichte. Ihr widmet er sich in Filmen und Serien fast seit Beginn seines Schaffens. Sein Hauptinteresse gilt großen historischen Figuren, denen er meist großen Respekt entgegenbringt. Zum Beispiel 2006 mit *The Queen* – mit Helen Mirren als Elizabeth II.

Ausflüge in die US-Geschichte machte er mit Filmen wie *Frost/Nixon* und *The Special Relationship*. Seinen Status als gefragter Filmautor festigte er mit dem James-Bond-Film *Skyfall*. In *Rush* huldigte er 2013 Niki Lauda, in *Bohemian Rhapsody* verneigte er sich 2018 vor Freddie Mercury.

Privat war Morgan zwölf Jahre mit Lila Schwarzenberg verheiratet und lebte mit ihr und den fünf Kindern zeitweise in Wien. Von 2016 bis 2020 war er mit der Schauspielerin Gillian Anderson liiert, bekannt aus *Akte X*, *Sex Education* und nicht zuletzt als Margaret Thatcher in *The Crown*.

Zum Tod der Queen ließ Netflix die Dreharbeiten unterbrechen. Die Serie sei ein „Liebesbrief“ an die Verstorbene, kondolierte Morgan. Vielleicht können das auch verärgerte Royals irgendwann wieder so sehen.

Doris Priesching

"Kurier" vom 09.11.2022 Seite: 8 Ressort: Wirtschaft Abend, Bgld, Länder, Länder2, N.Ö., Wi

Streit im Sozialbereich für bessere Arbeitsbedingungen

Gewerkschaft steigert Druck auf Arbeitgeber

Lohnrunde. Arbeitnehmer im privaten Pflege-, Gesundheits- und Sozialbereich machten am Dienstag mit Betriebsversammlungen und einer Demonstration vom Westbahnhof zum Ballhausplatz Druck auf die stockenden Kollektivvertragsverhandlungen. Die Gewerkschaften GPA und vda fordern von den Arbeitgebern eine Gehaltserhöhung um 15 Prozent, diese hatte 7,5 geboten. „Nach drei Jahren Dauerkrise inklusive Maske und Schutzausrüstung für die meisten Beschäftigten haben sich die Kolleginnen und Kollegen einen guten Abschluss verdient“, sagte GPA-Chefverhandlerin Eva Scherz. Ziel sei ein Abschluss deutlich über der Inflationsrate.

Die Arbeitgeber sehen keinen Grund zur Aufregung, man habe sich in den meisten Punkten verständigen können. Die Verhandlungen werden planmäßig am 16. November fortgesetzt.



Wirtschaft

Seite 8/9 | Mittwoch, 9. November 2022 | KURIER.at/wirtschaft

„Nicht einmal der Versuch eines Beweises“

Erster Tag im Chorherr-Prozess. Die prominenten Angeklagten setzen auf Star-Anwälte. Diese nutzen den ersten Verhandlungstag für Angriffe gegen die WKStA – sogar von „Klassenkampf“ ist die Rede

VON KID MÖCHEL UND DOMINIK SCHREIBER

Der Prozess rund um den mutmaßlichen Korruptionsfall Christoph Chorherr offenbarte nicht nur eine prominente Anklagebank, sondern auch das Who-is-Who der Topanwälte – darunter Norbert Wess, Johann Pauer, Michael Rami, und Stefan Prochaska. Entsprechend hoch ging es am ersten Tag her, sogar von „Klassenkampf“ war die Rede.

Die WKStA wirft dem Ex-Gemeinderat Chorherr gleich zu Beginn vor, dass er sich als Amtsträger und „zentrale Person“ hat schirmen lassen: „Ohne Chorherr kein (Immobilien-)Projekt.“ Laut Anklägern hätten sie anfangs aber nichts gegen Chorherr & Co. in der Hand gehabt. Doch der Zufall wollte es, dass der WKStA im Verfahren gegen den Immo-Investor Michael Tojner dessen Chatprotokolle und Mails in die Hände fielen. Damit legten die Oberstaatsanwälte los. Im Eröffnungsplädoyer blieben sie aber jeglichen Beweis schuldig.

„Nicht schuldig“

Der Ex-Grüne Chorherr bekennt sich „nicht schuldig“. Worum geht es? Er soll Spenden für seinen Verein S2arch für ein südafrikanisches Schulprojekt angenommen haben und dafür bei Bauprojekten wie dem Heumarkt behilflich gewesen sein. Laut seinem Anwalt Richard Soyer habe Chorherr den Fehler gemacht, dass er mit Regierungseintritt der Wiener Grünen 2011 als Obmann des Vereins wegen Befangenheit nicht zurücktreten sei. Ab diesem Zeitpunkt hätten aber die Spenden zugekommen. Soyer: „Natürlich hat Chorherr als Galionsfigur der Sache gut getan.“ Es sei Chorherr aber nicht daran gelegen, sich den



APRILGEORG HOCHMUTH

Christoph Chorherr, früher Planungssprecher der Wiener Grünen, plädiert auf nicht schuldig

Spendern gegenüber als gewogen zu verhalten und Spenden einzufordern. „Ich erzähle Ihnen keine Märchen, sondern klare Standpunkte“, sagte Soyer vor dem Schöffengericht. Er fordert für seinen Mandanten eine Diversion, sprich die Be-

endigung des Verfahrens ohne Schuldspruch

Keine Beeinflussung? Auch Tojner setzt auf prominente Vertretung: Sein Anwalt Karl Liebenwein sagte: „Wir haben keinen einzigen Vorwurf der WKStA gegen

Michael Tojner gehört, weil es keinen gibt.“ Es gebe beim Heumarkt-Projekt keinen Hinweis auf eine Intervention Chorherr. Der Gemeinderat habe alles beschlossen, Chorherr war nur einer von 100 Gemeinderäten. Das Flächenwidmungsverfahren sei



René Benko: Laut Anwalt gab es bisher keine Einvernahme

höchst transparent gewesen. Für eine Beeinflussung sei kein Raum gewesen, sagte Liebenwein. Irgendwelche Zusammenhänge zwischen Spenden und Projekten gebe es keine. Tojner sei lediglich von dem Schulprojekt in Südafrika überzeugt gewesen.

Ein Lebensprojekt

Top-Anwalt Michael Rami spricht für Investor Wilhelm Hemetsberger. Dieser sei kein Immobilienentwickler und habe etwa bei einer Geburtstagsfeier für das Südafrika-Projekt gesammelt. Er habe die Schule auch in Südafrika besucht, weil das sein „Lebensprojekt“ sei. Rami: „Es geht doch nicht, jemanden anzuklagen, ohne Beweise.“ Immobilienentwickler Günter Kerbler bzw. sein Verteidiger Johann Pauer sehen das ähnlich. Laut Anklage geht es um ein Projekt in der Seestadt in Wien-Donaustadt und insgesamt 100.000 Euro für den Verein Chorherr. Doch Chorherr habe das Projekt gar nicht beeinflussen können, meint Pauer. Kerbler habe das Grundstück erst übernommen als der Flächenwidmungsplan „bereits fix und fertig“ war. Er sehe die Spenden als „soziale Verantwortung“, wenn man viel Geld verdient. Außerdem sei er mit Chorherr „seit Jahrzehnten befreundet“.

Star-Verteidiger Norbert Wess hat für den Prozessart Beweis von der WKStA gegen seinen Mandanten Er-



Michael Tojner: Heumarkt war vor der Spende abgefertigt

win Soravia erwartet. Das sei aber nicht erfolgt. Es habe ihn nachdenklich gestimmt, wie alles in einen Topf geworfen und etwas strafrechtlich Relevantes behauptet werde. Soravia habe anlässlich seiner Geburtstagsfeier ein Bild angekauft, dessen Erlös an das Südafrika-Projekt Chorherr ging. Von der WKStA würde den Angeklagten pauschal unterstellt, dass sie kein soziales Gewissen hätten, es würde gar eine Art Klassenkampf konstruiert, so Wess. Soravia sei eigentlich wie Didi Mateschitz und rede ungenügend über seine sozialen Engagements. Es gehe hier nur um die Kriminalisierung von Projekten wie den Danube Flats.

Nicht einvernommen

Milliardär René Benko hat Top-Verteidiger Stefan Prochaska engagiert. In seinem Plädoyer meint er, dass er noch nie eine derartige Anklage gesehen habe. Er sehe „nicht einmal den Versuch eines Beweises“. Die Signa Holding Benkos habe 2011 eine Spende an das Südafrika-Projekt geleistet, da sei das von der WKStA ins Feld geführte Wiener Hauptbahnhof-Projekt „Quartier Belvedere“ mit den ÖBB längst unter Dach und Fach gewesen. Die Flächenwidmung erfolgte 2006. Er habe Chorherr weder gekannt noch gesprochen.

Prochaska zeigte sich „erschüttert“, dass Benko nie einvernommen wurde. Sein Fazit: Benko sei freizusprechen.

Was gibt's Neues in der Wirtschaft?
Mit dem Wirtschaftsnewsletter jeden Morgen wichtige Infos erhalten. Gratis abonnieren auf [KURIER.at/bilanziert](https://www.kurier.at/bilanziert)



REUTERS / SHAMIL ZHUMATOV

„Sanktionen gegen Russland sind mächtig“

Alarmruf. Die russische Zentralbankchefin Elvira Nabiullina warnt vor den Folgen der westlichen Sanktionen für die Wirtschaft. „Die Sanktionen sind sehr mächtig, ihr Einfluss auf die russische und globale Wirtschaft sollte nicht heruntergespielt werden.“



REUTERS / ARNO WIEGMANN

Schweiz: Größter Kaufkraftverlust seit 1942

Ernüchterung. In der Schweiz wird heuer eine Inflationsrate von 2,9 Prozent erwartet. Bei einem durchschnittlichen Nominallohnanstieg um 1,1 Prozent entsteht ein Reallohn-Verlust von 1,8 Prozent. Das entspreche dem stärksten Rückgang seit 1942.

KURIER

Wie die ÖBB die Personalkrise meistern wollen

Fluktuation. 2.000 Euro Mindestlohn, Pensionisten zurückholen

VON ANDREA HODOSCHEK

Mit etlichen Maßnahmen wollen die ÖBB ihre Personalkrise in den Griff bekommen. Die Bahn sucht bis 2027 wegen des Generationenwechsels rund 17.000 neue Mitarbeiter, 3.000 pro Jahr. Die Lage sei „herausfordernd, aber bewältigbar“, sagte ÖBB-Chef Andreas Matthä am Dienstag im Klub der Wirtschaftspublizisten.

Dazu kommt die hohe Fluktuation, wie der KURIER exklusiv berichtete. Insgesamt, ohne die beamteten Mitarbeiter, liege die Fluktuationsrate bei 7,6 Prozent. Die „Frühfluktuation“ bei Mitarbeitern, die weniger als zwei Jahre an Bord sind, liege aber bei 18 Prozent und beschäftige das Management, bestätigte Matthä.

Bei den Triebfahrzeugführern (Lokführern) ist die Durchfallrate in der Ausbildung so hoch, dass die Lehmmethoden geändert werden müssten, sagte Matthä. Ein Viertel der Neu-Eintretenden steigt wieder aus. Problematisch ist die Dropout-Quote auch bei den Zugbegleitern und den Postbus-Lenkern.

Pro Jahr würden die 18 Mitarbeiter des im Konzern nun zentralisierten Recruitings 35.000 bis 45.000 Bewerber scannen, schildert Matthä. 75 Millionen Euro würden in ein neues Ausbildungszentrum investiert. Matthä, der von seinem Kollegen Arnold Schiefer die Personalabteilungen übernommen hat, forciert die Lehrausbildung. Derzeit hat die Bahn 2.000 Lehrlinge in 27 Berufen und nimmt jedes Jahr 600 Auszubildende auf.

Um in schlecht entlohnten Bereichen wie Security, Reinigung oder Gastronomie



FRANK GRUBER

ÖBB-Chef Andreas Matthä über die Personalsituation: „Herausfordernd, aber bewältigbar“

Mitarbeiter zu bekommen, wird der Mindestlohn auf 2.000 Euro angehoben, kündigte Matthä an. Davon profitieren 425 Mitarbeiter; nur vier von ihnen unterliegen dem Eisenbahner-Kollektivvertrag (KV). Die Kritik der Gewerkschaft, die ÖBB seien das einzige Bahn-Unternehmen, das nur KV-Niveau zahle, weist Matthä zurück.

Die Forderung der Gewerkschaft nach 500 Euro mehr würde 14,2 Prozent Lohnerhöhung entsprechen. Die Arbeitgeber boten zu zuletzt sieben Prozent. Wenig hält Matthä vom Wunsch der Gewerkschaft nach einem neuerlichen Kündigungsschutz, um attraktiver für

Mitarbeiter zu werden. Das möge manche motivieren, im Unternehmen zu bleiben, aber manche würden sagen, „mir kann eh nix passieren“. Heute sind noch 40 Prozent der 42.000 Mitarbeiter unkündbare Beamte.

Rückholaktion

Außerdem wird überlegt, pensionierte Mitarbeiter zurückzuholen, „etwa für die Morgenschicht“. Dafür müssten allerdings das Bundesbahnenpensionsgesetz angepasst werden. Bis 65 drohen Eisenbahnern hohe Pensionskürzungen, wenn sie etwas dazuverdienen. Das durchschnittliche Pensionärsalter liegt bei

59,8 Jahren, Tendenz steigend.

Die Bahn ist derzeit bestens ausgelastet; an bestimmten Tagen seien die Züge „knallvoll“, die Nachzüge sind ausgebucht. Seit Mai steigen die Passagierzahlen im Fernverkehr und liegen um 15 bis 20 Prozent über dem Rekordjahr 2019. Als Grund nannte Matthä den Umstieg vom Flugzeug, die Reiselust und hohe Treibstoffkosten. Bis 2024 stocken die ÖBB mit neuen Zügen die Kapazität von 56.000 auf 70.000 und bis 2040 auf 120.000 Plätze auf. Im Nahverkehr aber fahren weniger Passagiere, teils wegen Homeoffice, teils fahren die Leute mehr Rad.

Wie viel Gold die Menschen in Österreich besitzen

Edelmetalle als Krisenvorsorge beliebt

Studie. Für fast zwei Drittel (61 Prozent) der Österreicherinnen und Österreicher wären Edelmetalle als Anlage eine sinnvolle Investition, wenn sie mehr Geld zum Investieren zur Verfügung hätten. Das zeigt eine Studie der Universität St. Gallen für den Edelmetallhändler Philoro. „Es ist ein Trend nach Stabilität und Wertbeständigkeit. Gold erfüllt das“, sagt Martin Krieger von Philoro.

Mehr als die Hälfte (59 Prozent) aller Befragten bevorzugen Gold als Anlageform. Dahinter liegen Immobilien (53 Prozent), Fonds (29 Prozent) und Aktien (24 Prozent). Die Österreicher verbinden Gold mit Stabilität, Sicherheit und Investitionsschutz, so Studienautor Sven Reinecke von der Universität St. Gallen. Für 64 Prozent stehen die Stabilität und die Langfristigkeit der Anlage im Vordergrund. Sicherheit und Krisenvorsorge ist für 55 Prozent wichtig. Inflationsschutz führten 35 Prozent und Vermögensaufbau 23 Prozent an. Überraschend für Reinecke: Viele Menschen zeigen sich interessiert an



Gold ist laut Umfrage beliebter als Immobilien oder Aktien

Gold, aber 71,8 Prozent geben an, sich wenig bis schlecht informiert zu fühlen.

Rund ein Drittel (36 Prozent), die Edelmetalle kaufen möchten, wollen zwischen 1.000 und 5.000 Euro investieren. Im Durchschnitt besitzt jede goldanlegende Person in Österreich 220 Gramm Gold in Form von Barren oder Münzen mit einem aktuellen Wert von rund 12.000 Euro. Das ist mehr als beispielsweise in der Schweiz. Dort besitzen Gold-Anleger etwa 100 Gramm, heißt es. „Konservativ hochgerechnet“ ergibt das hierzulande einen Gold-Gesamtschatz von 388 Tonnenn, so Reinecke. Das entspricht etwa dem Wert von 21,4 Mrd. Euro und dem Gewicht einer Boeing 747, die wiegt 377 Tonnenn, so Philoro. MK

Sportlicher Wechsel: Puma-Chef Björn Gulden wird künftig Adidas führen

Vorgänger Kasper Rorsted wird schon Ende der Woche gehen

Sportartikelhersteller. Puma-Chef Björn Gulden wird per 1. Jänner 2023 Vorstandschef beim direkten Konkurrenten Adidas.



Puma-Chef Björn Gulden wechselt zu Adidas

weise die Leitung bei Adidas. Neuer Puma-Chef wird zum 1. Januar Arne Freundt. Er stieg erst im vergangenen Jahr als Vertriebschef in den Vorstand auf.

Investoren optimistisch

Die Investoren blicken mit großer Hoffnung auf den neuen Adidas-Chef, berichtet das Handelsblatt. Schon vergangene Woche, als die Verhandlungen bekannt wurden, war der Aktienkurs zeitweise um 30 Prozent gestiegen. Als der Wechsel offiziell war, legte der Kurs am Dienstag nochmals um fünf Prozent auf 120 Euro zu, gab aber dann einen Teil der Gewinne wieder ab.

Antivirale Handschuhe: Ex-Kanzler Alfred Gusenbauer steigt bei Wiener Start-up ein

ElephantSkin will Netzwerk für internationale Expansion nutzen

Plastik-Alternative. Ex-Bundeskanzler Alfred Gusenbauer engagiert sich in Sachen Nachhaltigkeit. Seine Projektentwicklung & Beteiligung GmbH steigt beim Wiener Start-up ElephantSkin ein, das eine wasch- und wiederverwertbare Alternative zu antiviralen Einweg-Gummihandschuhen anbietet. Die Beteiligung liege „im mittleren sechsstelligen Bereich“, sagt ElephantSkin-Chef Raphael Reifeltshammer zum KURIER.



Antivirale, waschbare Handschuhe: Gusenbauer mit dem Gründer von ElephantSkin Raphael Reifeltshammer

Damit erwirbt Gusenbauer Anteile in unbekannter Höhe zu einer Unternehmensbewertung von 25 Millionen Euro, heißt es. Er wird auch dem Beraterstab angehören.

Die antiviralen Handschuhen für ihre Hotel-Mitarbeiter nutzen. ElephantSkin ist bei großen Handelsketten erhältlich, inzwischen wurden mehrere Millionen Stück Handschuhe verkauft, der Umsatz liegt im mittleren einstelligen Millionenbereich. AST

Table with financial data including Prime Market, Dow Jones, Euro-Dollar-Kurs, Goldpreis, Ölpreis, and various market indices.

"Oberösterreichische Nachrichten" vom 09.11.2022 Seite: 2 Ressort: Politik Welser Zeitung,Salzkammergut Nachrichten,Mühlviertler Nachrichten,Innviertler Nachrichten,Linzer Nachrichten,Steyrer Zeitung

Arbeitskampf für höhere Löhne in der Sozialwirtschaft

Demonstration in Wien: Gewerkschaften fordern 15 Prozent mehr, Arbeitgeber boten bisher 7,5 Prozent

WIEN/LINZ. Rund 130.000 Personen arbeiten in Österreich in der privaten Sozialwirtschaft. Gestern ging ein Teil von ihnen auf die Straße, denn die Kollektivvertragsverhandlungen stocken. Mit Betriebsversammlungen und einer Demonstration wollten die Arbeitnehmer ihre Position untermauern. In Wien bewegte sich am Nachmittag ein Demonstrationzug vom Westbahnhof zum Ballhausplatz.

Die Gewerkschaften GPA und vda fordern von den Arbeitgebern eine Gehaltserhöhung um 15 Prozent. Die Vertreter der Sozialwirtschaft hatten zuletzt 7,5 Prozent mehr geboten. "Nach drei Jahren Dauerkrise inklusive Maske und Schutzausrüstung für die meisten Beschäftigten haben sich die Kolleginnen und Kollegen einen guten Abschluss verdient. Unsere Demonstration gilt den Arbeitgebern gleichermaßen wie dem Finanzminister, der den Trägern die Mittel für eine deutliche Gehaltserhöhung zur Verfügung stellen muss", betonte GPA-Chefverhandlerin Eva Scherz.

"Nicht erfüllbar"

Man habe sich zu den meisten Punkten verständigen können und ein Angebot vorgelegt, das über dem Metaller-Kollektivvertrag liege, betonte der Geschäftsführer der Sozialwirtschaft Österreich und Verhandlungsführer Walter Marschitz. Dass die Arbeitnehmer-Forderung nach 15 Prozent plus nicht erfüllbar sei, stehe für die Arbeitgebervertreter jedoch fest, sagte er.

In Oberösterreich stellte am gleichen Tag die Interessenvertretung der Sozialunternehmen (IVS) eine Kampagne vor, um neue Fachkräfte zu gewinnen (siehe Kasten). In Oberösterreich beschäftigen 31 Sozialunternehmen allein im psychosozialen und im Behindertenbereich rund 8500 Personen. Das Gehalt betrage im Schnitt 2900 Euro "ohne Zulagen" auf Basis einer Vollzeitbeschäftigung von 37 Wochenstunden, sagt Gernot Koren, Sprecher der IVS in Oberösterreich, die meisten Beschäftigten arbeiten 27 Stunden pro Woche.

"Die Forderungen liegen noch weit auseinander, aber wir gehen von einem guten Ergebnis für alle Beteiligten aus", sagt Koren. Den Verhandlern in Wien wolle er nichts ausrichten, aber die Teuerung sei auf jeden Fall eine Marke, verweist er auf die Einigung in der Metallbranche auf eine durchschnittliche Lohnerhöhung von 7,44 Prozent.

Die Verhandlungen sollen am 16. November fortgesetzt werden. (bock)

Bild: Demo von Beschäftigten in Sozialberufen Foto: APA/Helmut Fohringer

KOMMENTAR

VON
WOLFGANG BRAUN

Der Austausch

Eine Handvoll FPÖ-Politiker hat gestern eine Website vorgestellt, mit der auf den „Bevölkerungsaustausch“ aufmerksam gemacht werden soll.

Das ist bemerkenswert, weil die Botschaft vom „großen Austausch“ oder „Bevölkerungsaustausch“ als eine der am kräftigsten forcierten Verschwörungstheorien in rechts-

Die FPÖ bedient sich an Verschwörungsmythen

extremen Kreisen Europas verbreitet wird. Dahinter steckt die Erzählung, wonach eine elitäre Weltherrschaft den Austausch der europäischen Bevölkerung gegen Muslime und Nicht-Weiße vorantreibt.

Legenden dieser Art gab es auch Anfang des 20. Jahrhunderts, damals kursierten die Geschichte von der zionistischen Weltverschwörung und den Protokollen der Weisen von Zion, dem angeblichen Plan des Judentums, die Weltherrschaft an sich zu reißen. Es war ein Konstrukt, um die Juden als Feindbild zu definieren, gegen die jedes Mittel eingesetzt werden kann. Wohin all das führte, ist bekannt.

Selbstverständlich ist Migration eine Herausforderung für Europa. Aber wenn dabei eine Parlamentspartei die Rhetorik von erklärten Feinden von Demokratie und Rechtsstaat übernimmt, ist das einfach nur widerlich.

✉ w.braun@nachrichten.at

ÜBERBLICK

Landtag auf TikTok

LINZ. Unter Jungwählern seien TikTok und Instagram die meistgenutzten sozialen Medien: weshalb nun über TikTok jungen Menschen politische Bildung vermittelt werde, sagt Landtagspräsident Max Hiegelsberger (VP). In Kurzvideos wird auf dem neuen Landtags-Infokanal PoliTok.at über Demokratie und Landtag informiert.

Arbeitskampf für höhere Löhne in der Sozialwirtschaft

Demonstration in Wien: Gewerkschaften fordern 15 Prozent mehr, Arbeitgeber boten bisher 7,5 Prozent

WIEN/LINZ. Rund 130.000 Personen arbeiten in Österreich in der privaten Sozialwirtschaft. Gestern ging ein Teil von ihnen auf die Straße, denn die Kollektivvertragsverhandlungen stocken. Mit Betriebsversammlungen und einer Demonstration wollten die Arbeitnehmer ihre Position untermauern. In Wien bewegte sich am Nachmittag ein Demonstrationstrupp vom Westbahnhof zum Ballhausplatz.

Die Gewerkschaften GPA und vida fordern von den Arbeitgebern eine Gehaltserhöhung um 15 Prozent. Die Vertreter der Sozialwirtschaft hatten zuletzt 7,5 Prozent mehr geboten. „Nach drei Jahren Dauerkrise inklusive Maske und Schutzausrüstung für die meisten Beschäftigten haben sich die Kolleginnen und Kollegen einen guten Abschluss verdient. Unsere Demonstration gilt den Arbeitgebern gleichermaßen wie dem Finanzminister, der den Trägern die Mittel für eine deutliche Gehaltserhöhung zur Verfügung stellen muss“, betonte GPA-Chefverhandlerin Eva Scherz.

„Nicht erfüllbar“

Man habe sich zu den meisten Punkten verständigen können und ein Angebot vorgelegt, das über dem Metaller-Kollektivvertrag liege, betonte der Geschäftsführer der Sozialwirtschaft Österreich und Verhandlungsführer Walter Marschitz. Dass die Arbeitnehmer-Forderung nach 15 Prozent plus nicht erfüllbar sei, stehe für die Arbeitgebervertreter jedoch fest, sagte er.

In Oberösterreich stellte am gleichen Tag die Interessenvertretung der Sozialunternehmen (IVS) eine Kampagne vor, um neue Fachkräfte zu gewinnen (siehe Kasten). In Oberösterreich beschäftigen 31 Sozialunternehmen allein im psychosozialen



Demo von Beschäftigten in Sozialberufen

Foto: APA/Helmut Fohringer

WERBEKAMPAGNE

250 Stellen im psychosozialen und Behindertenbereich sind in Oberösterreichs Sozialwirtschaft frei. Mit „**#BerufMitEcht**“ ist eine Kampagne betitelt, mit der die Sozialunternehmen **gemeinsam um neue Mitarbeiter werben**. In Kinospots und sozialen Medien kommen mehrere Betreuungspersonen zu Wort, im Großraum Linz werden zudem Plakate affiziert. Die **Arbeit im Sozialbereich** wird dabei als eine dargestellt, die nicht immer leicht sei, sich aber persönlich auszahle: „Muss man nicht verstehen, muss man fühlen“, heißt es dazu.

und im Behindertenbereich rund 8500 Personen. Das Gehalt betrage im Schnitt 2900 Euro „ohne Zulagen“ auf Basis einer Vollzeitbeschäftigung von 37 Wochenstunden, sagt Gernot Koren, Sprecher der IVS in Oberösterreich, die meisten Beschäftigten arbeiten 27 Stunden pro Woche.

„Die Forderungen liegen noch weit auseinander, aber wir gehen von einem guten Ergebnis für alle Beteiligten aus“, sagt Koren. Den Verhandlern in Wien wolle er nichts aussprechen, aber die Teuerung sei auf jeden Fall eine Marke, verweist er auf die Einigung in der Metallbranche auf eine durchschnittliche Lohnerhöhung von 7,44 Prozent.

Die Verhandlungen sollen am 16. November fortgesetzt werden. (bock)



Soziallandesrat Wolfgang Hattmannsdorfer (VP)

Foto: Antonio Bayer

Pflegebonus: Keine Aufstockung in Oberösterreich

LINZ. Mit dem Dezember-Gehalt wird in der Pflege Beschäftigten vom Bund ein Bonus von 2000 Euro ausbezahlt. Niederösterreich wird, wie berichtet, von der Möglichkeit der Aufstockung durch die Länder Gebrauch machen und 500 Euro drauflegen. In Oberösterreich ist Derartiges nicht geplant, sagt der für Soziales zuständige Landesrat Wolfgang Hattmannsdorfer (VP) auf Anfrage der OÖN.

Nach der Ankündigung durch Sozialminister Johannes Rauch (Grüne) im Sommer habe es „bis vorige Woche“ noch keine Richtlinien für den Bonus gegeben, sagt Hattmannsdorfer. Das sei „kein Ruhmesblatt für die Bundesregierung“. Auf Druck Oberösterreichs und anderer Länder sei durchgesetzt worden, dass nicht nur das Pflegepersonal in den Spitälern, sondern auch in den Heimen – in Oberösterreich die Mehrheit – den Bonus bekommt.

„Gültige Vereinbarung“

Bei der jüngsten Sozial- und Gesundheitsreferentenkonferenz am Montag der Vorwoche sei der Bonus von 2000 Euro auch so festgelegt worden, sagt Hattmannsdorfer. Dies werde in Oberösterreich auch entsprechend der Vereinbarung umgesetzt. Das sei „ein Zeichen der Wertschätzung und auch ein ordentliches Geld“, sagt Hattmannsdorfer: „Man soll das durchaus einmal positiv sehen.“ Zudem werde im Jahr 2023 eine weitere Zahlung in der gleichen Höhe erfolgen.

Das Vorgehen Niederösterreichs, wo am 29. Jänner Landtagswahlen anstehen, möge „jeder für sich interpretieren“, sagt Hattmannsdorfer. (bock)

Letzter Akt des Wechsels: Birgit Gerstorfers Abschied als Landesrätin

Neuer Landesrat Lindner behält Gerstorfers Team im Regierungsbüro. Neu in den Landtag zieht Erich Wahl – nicht zur Freude aller

LANDHAUS GEFLÜSTER
VON MARKUS STAUDINGER



Die Musikkapelle Kefermarkt probt bereits den Auftritt vor dem Landhaus: Vor der Angelobung von SP-Landespartei-Chef **Michael Lindner** zum Landesrat werden die Mühlviertler Musiker morgen um neun Uhr aufspielen.

Bei der um zehn Uhr beginnenden Landtagssitzung wird dann Birgit Gerstorfer als Landesrätin verabschiedet – und Lindner zum neuen Landesrat gewählt und angelobt.

Es ist der dritte und letzte Akt im Wechsel von **Birgit Gerstorfer** auf Lindner. Bereits im Februar hatte Lindner Gerstorfer de facto an der Spitze der Landes-SP abgelöst, als ihn der Parteivorstand zum geschäftsführenden Parteichef wählte. Am 1. Oktober erfolgte am SP-

Landesparteitag – nach einer Direktwahl, zu der alle Parteimitglieder aufgerufen waren – die offizielle Bestätigung als Parteichef mit einem Wahlergebnis von 95,9 Prozent. Und nun folgt der Wechsel in der Landesregierung.

Als Aufgabenbereiche hat der neue Landesrat Lindner (wie bisher Gerstorfer) die Zuständigkeit für die 86 SP-regierten Gemeinden, die Kinder- und Jugendhilfe sowie Jugendschutz und Tierschutz – nachdem die schwarz-blaue Landeskoalition nach der Wahl 2021 der SPÖ die Zuständigkeit für den Sozialbereich entzogen hatte.

Im dazugehörigen Regierungsbüro ändert sich wenig: Lindner übernimmt im Großen und Ganzen Gerstorfers Team. Büroleiter bleibt **Johannes Halak**. Der Absolvent eines Sozialwirtschaftsstudiums an der JKU ist seit vier Jahren in dieser Funktion. Einzig in der Öffentlichkeitsarbeit gibt es eine kleine Än-



Gerstorfer geht als Landesrätin, Lindner übernimmt. (Weihbold)

derung: Eine Mitarbeiterin wechselt zur Stadt Linz. Dafür wechselt eine bisherige Mitarbeiterin des SP-Landtagsklubs mit Lindner ins Regierungsbüro.

Mehr Änderungen gibt es im Landtag. An der Spitze des SP-Landtagsklubs folgt, wie mehrfach berichtet, **Sabine Engleitner-Neu** als Klubobfrau auf den bisherigen Klubobmann Lindner. Ihre Stellvertreter sind **Doris Margreiter** und (neu) **Tobias Höglinger**.

Neu angelobt als SP-Landtagsab-



Johannes Halak (l.) bleibt auch bei Lindner Büroleiter – Erich Wahl (M.) zieht neu in den Landtag. Beverley Allen-Stingeder (r.) muss warten. Fotos: SP/privat/Asamoah

geordneter wird morgen **Erich Wahl**. Der frühere Bürgermeister von Sankt Georgen an der Gusen war bei der Landtagswahl SP-Spitzenkandidat im Wahlkreis Mühlviertel – und hat nach der Wahl auf sein Mandat verzichtet, weil Michael Lindner (auf Platz zwei im Mühlviertel) sonst nicht in den Landtag gekommen wäre.

Dass Wahl in den Landtag zieht, wird parteiintern dennoch nicht von allen goutiert. Der 59-Jährige sei „alte Schule statt neuer Aufstel-

lung“, monieren interne Kritiker – und habe noch dazu 2021 die Bürgermeisterwahl in St. Georgen verloren. Die Nächste auf der Liste für den Einzug in den Landtag wäre die Berufsschulpädagogin, Puchenauser SP-Chefin und Gemeinderätin **Beverley Allen-Stingeder** (54).

Gerstorfer, die schon heute ihr Regierungsamt zurücklegt, wird morgen bereits als Gast bei der Landtagssitzung sein. Künftig wird sie, wie berichtet, den SP-Pensionistenverband in Oberösterreich leiten.

"Österreich" vom 09.11.2022 Seite 12 Ressort: Wien Extra Wien, oe24 - Wien

Sozialberufe und Freizeitpädagogen marschierten

Pflege-Demo: Winken allein genügt schon lange nicht

Die Sozialberufe hielten öffentliche Betriebsversammlung und Demo ab.

Wien. "Klatschen genügt schon lange nicht", protestierten am Dienstag die MitarbeiterInnen aus den Sozialberufen des privaten Pflege-, Gesundheits- und Sozialbereichs. Die Gewerkschaft hielt am Christian-Broda-Platz eine öffentliche Betriebsversammlung ab, weil die Arbeitgeberseite den 130.000 Beschäftigten im Sozialbereich nur ein Plus von 7,5 Prozent angeboten hatte.

Die GPA und die Vida forderten für ihre Beschäftigten in den Kollektivvertragsverhandlungen ein sattes Plus von 15 Prozent, weil "sowohl die Teuerung als auch die Dauerbelastung in der Krise mit Maske und Schutzausrüstung abgegolten werden müsse.

Betreuung fiel aus. Ab 14.30 Uhr marschierten die Gewerkschafter mit den streikenden Freizeitpädagogen zum Ballhausplatz -in den Ganztagsvolksschulen entfiel ab 14 Uhr die Nachmittagsbetreuung.

Demo zog von der Mariahilfer Straße zum Heldenplatz.



Alles Walzer heißt es ab Freitag in Wien.

Rauschendes Comeback der großen Bälle

Rauchfangkehrer eröffnen am Freitag die Ball-Saison

Nach den Corona-Jahren gibt es heuer endlich wieder eine echte Ballsaison.

Wien. Schon an diesem Freitag, dem offiziellen Faschingsbeginn, geht es im Palais Ferstel mit dem ersten großen Ball-Event der Saison, dem Rauchfangkehrer-Ball, zur Sache – endlich darf wieder nach Herzenslust gewalzt und gefeiert werden. Es gibt zwar wieder vereinzelt Absagen wie – aus verständlichen Gründen – den Moskau-Ball, sonst sollten die großen Bälle planmäßig steigen.

Das ist der Wiener Ballkalender

Rauchfangkehrerball	11.11.
Rotkreuzball	18.11.
Kathreintanz	26.11.
Silvestergala Rathaus	31.12.
Zuckerbäckerball	12.1.
NÖ-Bauernbundball	14.1.
Philharmonikerball	19.1.
TU-Ball	26.1.
Regenbogenball	28.1.
Ball der Wissenschaften	28.1.
Jägerball	30.1.
Kaffeessiederball	3.2.
Opernball	16.2.
Rosenball	16.2.
Bonbonball	17.2.
Elmayer-Kränzchen	21.2.

ANKAUF

SCHMUCK

Gold, Silber, Diamanten, Modeschmuck, Koralle, Bernstein und Trachtschmuck, Edelsteine & Juwelierarbeiten werden extra berechnet

UHREN

Rolex, Omega, Cartier, usw., Taschenuhren, alte und defekte Uhren

MÜNZEN

alt, neu, Geldscheine, Medaillen, Orden, Abzeichen

BRIEFMARKEN

ganze Sammlungen, Briefe + Postkarten

ANTIQUITÄTEN

für Villa gesucht: Gemälde, Zeichnungen, Silber, Porzellan, Teppiche, Bronzefiguren, Bernstein, moderne Kunst, Asiatika, Verlassenschaften

PELZE

Nerze, Zobel, Chinchilla

TASCHEN UND ACCESSOIRES

Louis Vuitton, Hermes, Chanel, etc ...



* Aktuelle Kurse können telefonisch erfragt werden.

KOSTENLOSE SCHÄTZUNG + HAUSBESUCHE SOFORT BARGELD!

1010 Wien, Schönlaterngasse 11
Info: 0664 / 881 799 80 oder 01/512 31 88
Öffnungszeiten: Mo-Fr 10-16 & Sa 10-13

www.muenzgold.at

Parken in der Gegend möglich!



Endlich: Freie Fahrt auf der Tangente

Die 3 km lange Hochstraße St. Marx wurde um 157 Mio. Euro generalsaniert.

Landstraße. Seit März 2020 wurde zwischen dem Knoten Prater und der gesperrten Ausfahrt Simmering die Hochstraße St. Marx generalsaniert – die Gegenverkehrsbereiche und eine Section Control mit Tempo 60 auf knapp drei Kilometern Länge strapazierten die Nerven der Autofahrer und sorgten regelmäßig für gewaltige Staus.

Ab heute ist die nervigste Baustelle Wiens endlich Geschichte. Die Section

Control wird aufgehoben, auf der A23 gilt wieder durchgängig Tempo 80.

37 Fußballfelder Asphalt und Hamster-Schutz

Die Asfinag veranstaltete auf der größten Straßenbaustelle Österreichs eine gewaltige Materialschlacht: 32 Brücken, zehn Auf- und Abfahrten sowie die Anschlussstellen St. Marx und Gürtel wurden generalsaniert. 150.000 Quadratmeter Fahrbahn wurden asphaltiert – das entspricht 37 Fußballfeldern. 400 Leuchtkörper wurden auf energieparen-

de LED-Lampen umgerüstet, Europas größter Monstertanker hob die Brücke bei der gesperrten Ausfahrt Simmering einfach weg.

Für 15.000 AnrainerInnen wurden bis zu vier Meter hohe Lärmschutzwände errichtet – und bei der Anschlussstelle Gürtel entstand eine 2.500 Quadratmeter große Hamster-Schutzfläche.

Zusätzlich versuchte man, möglichst umweltschonend zu bauen – und verzichtete sogar auf Betonflächen für das Fundament der großen Kräne.

Sozialberufe und Freizeitpädagogen marschierten

Pflege-Demo: »Winken allein genügt schon lange nicht«

Die Sozialberufe hielten öffentliche Betriebsversammlung und Demo ab.

Wien. „Klatschen genügt schon lange nicht“, protestierten am Dienstag die MitarbeiterInnen aus den Sozialberufen des privaten Pflege-, Gesundheits- und Sozialbereichs. Die Gewerkschaft hielt am Christian-Broda-Platz eine öffentliche Betriebsver-

sammlung ab, weil die Arbeitgeberseite den 130.000 Beschäftigten im Sozialbereich nur ein Plus von 7,5 Prozent angeboten hatte.

Die GPA und die Vida forderten für ihre Beschäftigten in den Kollektivvertragsverhandlungen ein sattes Plus von 15 Prozent, weil „sowohl die Teuerung als auch die Dauerbelastung in der Krise mit Mas-



Demo zog von der Mariahilfer Straße zum Heldenplatz.

ke und Schutzausrüstung abgegolten werden müsse.

Betreuung fiel aus. Ab 14.30 Uhr marschierten die Gewerkschafter mit den streikenden Freizeitpädagogen zum Ballhausplatz – in den Ganztagsvolksschulen entfiel ab 14 Uhr die Nachmittagsbetreuung.

Tierheim in Vösendorf steht zum Verkauf – dem Verein droht das Aus

Tierschutzhaus: Grund wird bald verkauft

Tierschutz-Chefin Madeleine Petrovic protestiert heftig gegen Verkaufspläne.

Wien/Vösendorf. Vor einigen Monaten übertrug die Stadt Wien die Eigentumsrechte am Grund des Tierschutzhauses Vösendorf der WSE, die diesen jetzt zum Kauf anbietet.

Das Grundstück an der Triester Straße ist durch Altlasten schwer kontaminiert, wie Tierschutzvereins-Präsidentin Madeleine Petrovic zu diesen Plänen kritisch anmerkt. Sie weist auch darauf hin, dass die

Stadt Wien und der Bund hier all jene Tiere unterbringen, die im Tierquartier Wien nicht aufgenommen werden. Die Suche nach Ersatz-Gründen lief bisher ergebnislos, weil Wien nur aufs Tierquartier setzt.



Madeleine Petrovic.

APA/HELMUT FOHRINGER



Alles Walzer heißt es ab Freitag in Wien.

Rauschendes Comeback der großen Bälle

Rauchfangkehrer eröffnen am Freitag die Ball-Saison

Nach den Corona-Jahren gibt es heuer endlich wieder eine echte Ballsaison.

Wien. Schon an diesem Freitag, dem offiziellen Faschingsbeginn, geht es im Palais Ferstel mit dem ersten großen Ball-Event der Saison, dem Rauchfangkehrer-Ball, zur Sache – endlich darf wieder nach Herzenslust gewalzt und gefeiert werden. Es gibt zwar wieder vereinzelt Absagen wie – aus verständlichen Gründen – den Moskau-Ball, sonst sollten die großen Bälle planmäßig steigen.

Das ist der Wiener Ballkalender

Rauchfangkehrerball	11.11.
Rotkreuzball	18.11.
Kathreintanz	26.11.
Silvestergala Rathaus	31.12.
Zuckerbäckerball	12.1.
NÖ-Bauernbundball	14.1.
Philharmonikerball	19.1.
TU-Ball	26.1.
Regenbogenball	28.1.
Ball der Wissenschaften	28.1.
Jägerball	30.1.
Kaffeessiederball	3.2.
Opernball	16.2.
Rosenball	16.2.
Bonbonball	17.2.
Elmayer-Kränzchen	21.2.

Endlich: Freie Fahrt auf der Tangente

Section Control wird ab sofort abgebaut.

A23: Nach 2,5 Jahren Bauzeit ist nervigste Baustelle fertig

Die 3 km lange Hochstraße St. Marx wurde um 157 Mio. Euro generalsaniert.

Landstraße. Seit März 2020 wurde zwischen dem Knoten Prater und der gesperrten Ausfahrt Simmering die Hochstraße St. Marx generalsaniert – die Gegenverkehrsbereiche und eine Section Control mit Tempo 60 auf knapp drei Kilometern Länge strapazierten die Nerven der Autofahrer und sorgten regelmäßig für gewaltige Staus.

Ab heute ist die nervigste Baustelle Wiens endlich Geschichte. Die Section

Control wird aufgehoben, auf der A23 gilt wieder durchgängig Tempo 80.

37 Fußballfelder Asphalt und Hamster-Schutz

Die Asfinag veranstaltete auf der größten Straßenbaustelle Österreichs eine gewaltige Materialschlacht: 32 Brücken, zehn Auf- und Abfahrten sowie die Anschlussstellen St. Marx und Gürtel wurden generalsaniert. 150.000 Quadratmeter Fahrbahn wurden asphaltiert – das entspricht 37 Fußballfeldern. 400 Leuchtkörper wurden auf energieparen-

de LED-Lampen umgerüstet, Europas größter Monstertanker hob die Brücke bei der gesperrten Ausfahrt Simmering einfach weg.

Für 15.000 AnrainerInnen wurden bis zu vier Meter hohe Lärmschutzwände errichtet – und bei der Anschlussstelle Gürtel entstand eine 2.500 Quadratmeter große Hamster-Schutzfläche.

Zusätzlich versuchte man, möglichst umweltschonend zu bauen – und verzichtete sogar auf Betonflächen für das Fundament der großen Kräne.

Sozialberufe und Freizeitpädagogen marschierten

Pflege-Demo: »Winken allein genügt schon lange nicht«

Die Sozialberufe hielten öffentliche Betriebsversammlung und Demo ab.

Wien. „Klatschen genügt schon lange nicht“, protestierten am Dienstag die MitarbeiterInnen aus den Sozialberufen des privaten Pflege-, Gesundheits- und Sozialbereichs. Die Gewerkschaft hielt am Christian-Broda-Platz eine öffentliche Betriebsver-

sammlung ab, weil die Arbeitgeberseite den 130.000 Beschäftigten im Sozialbereich nur ein Plus von 7,5 Prozent angeboten hatte.

Die GPA und die Vida forderten für ihre Beschäftigten in den Kollektivvertragsverhandlungen ein sattes Plus von 15 Prozent, weil „sowohl die Teuerung als auch die Dauerbelastung in der Krise mit Mas-



Demo zog von der Mariahilfer Straße zum Heldenplatz.

ke und Schutzausrüstung abgegolten werden müsse.

Betreuung fiel aus. Ab 14.30 Uhr marschierten die Gewerkschafter mit den streikenden Freizeitpädagogen zum Ballhausplatz – in den Ganztagsvolksschulen entfiel ab 14 Uhr die Nachmittagsbetreuung.

Tierheim in Vösendorf steht zum Verkauf – dem Verein droht das Aus

Tierschutzhaus: Grund wird bald verkauft

Tierschutz-Chefin Madeleine Petrovic protestiert heftig gegen Verkaufspläne.

Wien/Vösendorf. Vor einigen Monaten übertrug die Stadt Wien die Eigentumsrechte am Grund des Tierschutzhauses Vösendorf an der WSE, die diesen jetzt zum Kauf anbietet.

Das Grundstück an der Triester Straße ist durch Altlasten schwer kontaminiert, wie Tierschutzvereins-Präsidentin Madeleine Petrovic zu diesen Plänen kritisch anmerkt. Sie weist auch darauf hin, dass die

Stadt Wien und der Bund hier all jene Tiere unterbringen, die im Tierquartier Wien nicht aufgenommen werden.

Die Suche nach Ersatz-Gründen lief bisher ergebnislos, weil Wien nur auf das Tierquartier setzt.



Madeleine Petrovic.

ANKAUF

SCHMUCK

Gold, Silber, Diamanten, Modeschmuck, Koralle, Bernstein und Trachtschmuck, Edelsteine & Juwelierarbeiten werden extra berechnet

UHREN

Rolex, Omega, Cartier, usw., Taschenuhren, alte und defekte Uhren

MÜNZEN

alt, neu, Geldscheine, Medaillen, Orden, Abzeichen

BRIEFMARKEN

ganze Sammlungen, Briefe + Postkarten

ANTIQUITÄTEN

für Villa gesucht: Gemälde, Zeichnungen, Silber, Porzellan, Teppiche, Bronzefiguren, Bernstein, moderne Kunst, Asiatika, Verlassenschaften

PELZE

Nerze, Zobel, Chinchilla

TASCHEN UND ACCESSOIRES

Louis Vuitton, Hermes, Chanel, etc ...

KOSTENLOSE
SCHÄTZUNG + HAUSBESUCHE
SOFORT BARGELD!

1010 Wien, Schönlaterngasse 11
Info: 0664 / 881 799 80 oder 01/512 31 88
Öffnungszeiten: Mo-Fr 10-16 & Sa 10-13

www.muenzgold.at

Parken in der Gegend möglich!

*Aktuelle Kurse können telefonisch erfragt werden.

ANZEIGE

APA/HELMUT FOHRINGER

"Salzburger Nachrichten" Nr. 259 vom 09.11.2022 Seite: 2 Ressort: Innenpolitik Österreich

Die Sozialwirtschaft demonstriert

In den stockenden Kollektivvertragsverhandlungen für die 130.000 Beschäftigten des privaten Pflege-, Gesundheits- und Sozialbereichs machten die Arbeitnehmer am Dienstag Druck. In Wien gingen unzufriedene Mitarbeiter der Sozialwirtschaft auf die Straße, um der Gewerkschaftsforderung nach einer Gehaltserhöhung um 15 Prozent Nachdruck zu verleihen. Die Arbeitgeber bieten 7,5 Prozent. Die Verhandlungen werden am 16. November fortgesetzt. Die Gewerkschaft will, dass das Geld für die Gehaltserhöhung vom Staat kommt. APA/HELMUT FOHRINGER

KRISENSICHERHEITSGESETZ:Art. I: Die nächste Krise kommt sicher.Art. II: Alles, was schiefgehen kann, wird auch sicher schiefgehen.

T. Mitternagel 09.11.22

Gerhard K. Murphy ...

WWW.SN.AT/WIZANY

Wenn die Mitte von den Rändern her unter Druck gerät

Die Mitte ist der Platz, in der die Demokratie ihre Stärken ausspielen kann, von der Meinungsfreiheit bis zur sozialen Rundumversorgung. Wenn diese Mitte von den Rändern her unter Druck gerät, wenn auf

GLOSSE
Andreas Koller

der einen Seite Gruppen (hauptsächlich) migrantischen Ursprungs Innenstädte drangsaliert und auf der anderen Seite Rechtsextreme zum Halali blasen, wird's ungemütlich in der Demokratie. Jedes fünfte Mitglied der rechtsextremen Identitären besitzt legal eine

Schusswaffe, haben die Behörden 2019 herausgefunden. Man fragt sich, wie solche Leute an eine legale Waffe kommen – und wie viele illegale Waffen in diesen Kreisen kursieren. Ebenso fragt man sich, was falsch läuft, wenn Menschen aus fernen Ländern, die hier in Sicherheit leben können, sich gewalttätig gegen ihren Gaststaat wenden. Beide Probleme sind nur politisch zu lösen, wobei die Palette von der Bildungs- über die Sozial- und Arbeitsmarktpolitik bis hin zum Strafrecht reichen muss. Denn eines ist klar: Durch Wegschauen werden wir es nicht schaffen, deklassierte Migranten oder wirre Rechtsextremisten in die Gesellschaft zu integrieren.

Was gegen Krisen helfen soll

Die Regierung hat ein Gesetz vorgelegt, das Österreich besser für den Umgang mit Krisen wappnen soll. Die Devise lautet: besser abgestimmt und vorausschauend handeln.

ALEXANDER PURGER

WIEN. Ein unterirdisches Lagezentrum im Innenministerium, neue Krisenkoordinatoren und Arbeitsgruppen, klarere Regeln für die Zusammenarbeit von Bund, Ländern, Gemeinden und Rettungsorganisationen. – Das sind die Kernpunkte des neuen Krisensicherheitsgesetzes, das am Dienstag von der Regierung vorgelegt wurde.

„Die Lagebilder zeigen: Die Krisen werden mehr, nicht weniger“, sagten die zuständigen Ressortchefs Gerhard Karner (Inneres), Klaudia Tanner (Verteidigung) und Johannes Rauch (Gesundheit) bei der Präsentation des Gesetzesentwurfs. Deshalb werde nun erstmals ein Regelwerk für die Krisenvorsorge und Krisenbewältigung geschaffen. „Ein Meilenstein“, wie Ministerin Tanner meinte.

Die wichtigsten Punkte des geplanten Gesetzes sind:

Krisenkoordinator: Im Bundeskanzleramt wird ein Regierungsberater für Krisenvorsorge eingesetzt. Bei ihm sollen alle Fäden zusam-

menlaufen. Ebenfalls im Kanzleramt wird ein Koordinator für die Geheimdienste des Innen- und des Verteidigungsministeriums installiert. Das soll die Zusammenarbeit der drei Dienste verbessern und ihre Erkenntnisse bündeln.

„Das neue Gesetz ist ein Koordinierungsgesetz.“

Gerhard Karner, ÖVP

Lagebilder: In sieben definierten Bereichen von der Energiesicherheit bis zur Landesverteidigung wird jeweils ein Ausschuss eingesetzt, der regelmäßig Lagebilder erstellt. Das soll ein frühes Erkennen von Krisen ermöglichen. Jeder Ausschuss wird vom zuständigen Minister geleitet. Berichtet wird an den Regierungsberater. Er fasst die Lagebilder zusammen und übermittelt sie der gesamten Regierung.

Lagezentrum: Tagen werden die Ausschüsse in einem unterirdischen Bundeslagezentrum unter

dem Innenministerium. Der 2000 Quadratmeter große Bau soll so ausgestattet sein, dass von dort aus bis zu drei Krisen gleichzeitig bewältigt werden können. Auch ist ein Medienzentrums vorgesehen, um im Krisenfall die Information der Bevölkerung sicherstellen zu können. Der Bau soll 50 Millionen Euro kosten und Mitte 2023 beginnen.

Kooperation: Grundsätzlich zielt das Gesetz auf eine bessere Zusammenarbeit der Behörden ab. Dafür wird ein eigenes Koordinationsgremium vorgesehen. Auch werden die Behörden angewiesen, die Erreichbarkeit ihrer Mitarbeiter im Krisenfall sicherzustellen. Fix vorgesehen ist in dem Gesetz die Einbindung der Bundesländer, der Einsatz- und der Hilfsorganisationen. „Es ist ein Koordinierungsgesetz“, wie Innenminister Karner sagte.

Lagerhaltung: In einigen Bereichen sind auch substantielle Änderungen vorgesehen. So soll laut Gesundheitsminister Rauch die Lagerhaltung verbessert werden. Für Medikamente, Schutzmasken, Schutz-

kleidung und dergleichen sollen Krisenlager eingerichtet werden.

Bundesheer: Besonderes Augenmerk schenkt das Gesetz dem Bundesheer. Ihm wird die Sicherung der Versorgung mit systemrelevanten, insbesondere medizinischen Gütern als neue Aufgabe zugewiesen. Auch das Bemühen um autarke Kasernen wird in dem Gesetz festgeschrieben.

Datenschutz: Für Aufregung könnte noch eine Bestimmung sorgen, die im Krisenfall Ausnahmen vom Datenschutz ermöglicht. So sollen laut Entwurf die erforderlichen Identifikations- und Erreichbarkeitsdaten von Personen ermittelt werden können, die für die Krisenbewältigung von Bedeutung sind.

Die Opposition reagierte ablehnend auf den Gesetzesentwurf. Sie kritisiert, in die Vorarbeiten nicht eingebunden worden zu sein. Die Regierung braucht für das Gesetz teilweise eine Zweidrittelmehrheit.

Details aus dem neuen Gesetz

Was ist eine Krise?

Die Definition im Gesetz lautet: „Droht unmittelbar oder entsteht durch ein Ereignis, eine Entwicklung oder sonstige Umstände in Bereichen, in denen dem Bund die Gesetzgebung und Vollziehung zukommt, eine Gefahr außergewöhnlichen Ausmaßes für das Leben und die Gesundheit der Allgemeinheit, die öffentliche Ordnung und Sicherheit im Inneren, die nationale Sicherheit, die Umwelt oder das wirtschaftliche Wohl, deren Abwehr oder Bewältigung die unverzügliche Anordnung, Durchführung und Koordination von Maßnahmen im Zuständigkeitsbereich des Bundes dringend erforderlich macht, liegt eine Krise vor. Unberührt davon bleiben die Fälle der militärischen Landesverteidigung.“

Sieben Krisenfelder

Das Gesetz definiert sieben Politikfelder, die ständig auf krisenhafte Entwicklungen hin überprüft werden sollen:

1. Sicherheitspolitik
2. Gesundheitspolitik
3. Energiewirtschaft
4. Klima- und Umweltpolitik
5. Wirtschaftspolitik
6. Nachrichtendienste
7. Verteidigungspolitik

Medizinertest wird „sozialer“

Sozialkompetenzen erhalten beim Aufnahmetest deutlich größere Rolle.

WIEN. 2013 fand er zum ersten Mal statt, seither wurde er jährlich angepasst, um auch den sozialen und emotionalen Fähigkeiten der Kandidatinnen und Kandidaten Raum zu geben: der Aufnahmetest fürs Medizinstudium, kurz MedAT. Nun steht die nächste Änderung an: Der Frageteil, der auf die Sozialkompetenzen abzielt – sein Anteil am gesamten Test liegt derzeit bei zehn Prozent –, soll ab 2023 deutlich größer ausfallen. Die Vorarbeiten an den Medizin-Unis für einen gemeinsamen Vorschlag seien im Gang; man hoffe, das Ergebnis dieser Arbeit, die Teil der Leistungsvereinbarung sei, bald vorstellen zu können, heißt es aus dem Bildungsressort.

Ruhig gab es nur selten um den Aufnahmetest, der die 2006 an den Medizin-Unis eingeführten

Eignungstests ablöste. Und auch nun wird wieder debattiert, wobei über sämtlichen Diskussionen der sich abzeichnende Personalmangel im Gesundheitswesen schwebt.

Losgetreten hat die aktuelle Debatte Reinhold Kerbl, Generalsekretär der Österreichischen Gesellschaft für Kinder- und Jugendheilkunde und Primar in Leoben. Er schlug in einem Interview mit der „Presse“ vor, den Mediziner-Aufnahmetest abzuschaffen und durch ein einjähriges Pflichtpraktikum in der Pflege zu ersetzen. Das wurde zwar rundum aus den unterschiedlichsten Gründen abgelehnt, auch, weil es die ohnehin lange Ausbildungszeit weiter verlängern würde; zugleich gab es rundum Verbesserungsvorschläge für den Test. Mehr Gewicht auf empathische Fähigkei-

ten im Test wünschen die einen, andere regen an, das soziale Engagement der Kandidatinnen und Kandidaten anzurechnen. In anderen Worten: Wer ehrenamtlich tätig ist, ein soziales Jahr gemacht hat, in der Pflege oder als Rettungssanitäter aktiv ist oder war, sollte den Test auch dann bestehen, wenn er oder sie nicht unter den Besten war.

Die Tests waren von Anfang an umstritten. Ihr größter Vorteil: Wer's schafft, kann das – sehr praxisnahe – Studium in Mindestzeit absolvieren, weil alle Übungsplätze garantiert sind. Seit das Studium reformiert und mit Eignungs- bzw. Aufnahmetests verknüpft wurde, ist die Erfolgsrate von einst 50 auf 90 Prozent gestiegen. **i.b.**

**Die Sozialwirtschaft demonstriert**

In den stockenden Kollektivvertragsverhandlungen für die 130.000 Beschäftigten des privaten Pflege-, Gesundheits- und Sozialbereichs machten die Arbeitnehmer am Dienstag Druck. In Wien gingen unzufriedene Mitarbeiter der Sozialwirtschaft auf die Straße, um der Gewerkschaftsforderung nach einer Gehaltserhöhung um 15 Prozent Nachdruck zu verleihen. Die Arbeitgeber bieten 7,5 Prozent. Die Verhandlungen werden am 16. November fortgesetzt. Die Gewerkschaft will, dass das Geld für die Gehaltserhöhung vom Staat kommt.

BILD: SN/APA/HELMUT FOHRINGER

"Tiroler Tageszeitung" vom 09.11.2022 Seite 20 Ressort: Wirtschaft Von: APA, TT Lokalteil Innsbruck, Lokalteil Imst, Lokalteil Kitzbühel, Lokalteil Kufstein, Lokalteil Landeck, Lokalteil Osttirol, Lokalteil Reutte, Lokalteil Schwaz

Bei KV-Gesprächen rumpelt es

Wien - Arbeitnehmer im privaten Pflege-, Gesundheits- und Sozialbereich machten gestern Druck in den stockenden Kollektivvertragsverhandlungen für die 130.000 Beschäftigten in der Sozialwirtschaft. Die Gewerkschaften GPA und vida fordern von den Arbeitgebern eine Gehaltserhöhung um 15 Prozent, diese hatten 7,5 geboten. Mit Betriebsversammlungen und einer Demonstration in Wien haben die Arbeitnehmer ihre Position untermauert. Unter dem Motto "Wir leuchten den Arbeitgebern den Weg", wird die GPA Tirol heute bei einer Kundgebung vor dem Altenwohnheim Kitzbühel 170 Laternen entzünden.

Auch in anderen Branchen rumpelt es. Bei der Herbstlohnrunde für die IT-Branche mit ihren 65.000 Beschäftigten fanden am Montag Betriebsversammlungen statt, dabei herrschte laut GPA Empörung über das Arbeitgeber-Angebot von 5,65 Prozent. Die GPA spricht von einer "Provokation" und fordert ein Plus von 11 Prozent.

An die Öffentlichkeit gewandt hat sich auch die Dienstleistungsgewerkschaft vida, die 2000 Euro Brutto-Mindestlohn für die 50.000 Beschäftigten der Branche fordert. Das Angebot der Arbeitgeber im Reinigungsbereich von plus 7,3 Prozent sei unzureichend, dass obendrein noch eine Verschlechterung bei den Arbeitszeiten gefordert werde, sei "wie ein Schlag ins Gesicht für die hart arbeitenden Beschäftigten", so Monika Rosensteiner, Vorsitzende des vida-Fachbereichs Gebäudemanagement. Der Bruttoeinstiegslohn in der Branche für Vollzeit beträgt aktuell 1681,77 Euro im Monat.

Und auch bei den Transporteuren wird mit angezogener Handbremse verhandelt. Nach der dritten ergebnislose Verhandlungsrunde wurden für 12. bis 16. Dezember Betriebsversammlungen beschlossen.

Aber es tut sich auch was bei den Abschlüssen. Die Stein- und keramische Industrie hat sich auf ein Plus von 7,34 Prozent geeinigt. (APA, TT)

Die Arbeitnehmer der Sozialwirtschaft untermauerten gestern bei einer Demo in Wien ihre Forderung nach einem Lohn-Plus von 15 Prozent. Foto: APA/Fohringer



Im Skiurlaub besonders wichtig sind laut einer Umfrage neben Skifahren auch Entspannung oder Eislaufen. Foto: Kristen

15 Prozent planen Skiurlaub

Innsbruck, Baden – Zum Startschuss der Skisaison untersucht das Online-Markt- und Meinungsforschungsinstitut Marketagent, worauf hierzulande beim Wintersport-Urlaub besonders Wert gelegt wird und wie die idealen Ferien in der kalten Jahreszeit aussehen. Einen konkreten Urlaub für die bevorstehende Saison haben hierzulande bereits 15 Prozent fix geplant oder schon gebucht, 22 Prozent sind noch am Überlegen.

Dabei setzen die 1000 Befragten auf Kurztrips von wenigen Tagen bis zu maximal einer Woche. Im Schnitt planen die Befragten laut Umfrage heuer fünf Nächte am Winterurlaubsort zu verbringen. Durch die aktuelle Energiekrise und die damit einhergehende Teuerungswelle ist die Reiselust jedoch bei der heimischen Bevölkerung getrübt. Viele geben an, sich einen Wintersport-Urlaub schlicht nicht mehr leisten

zu können. Trotzdem lassen insbesondere gutes, hochwertiges Essen, frische Luft am Berg und Spaß mit Familie und Freunden die Herzen der Befragten höherschlagen, wenn sie an die perfekten Wintersport-Ferien denken.

Wenig überraschend kommt für die überragende Mehrheit am ehesten das eigene Heimatland für einen Wintersport-Urlaub in Frage, gefolgt von der Schweiz und Italien. Die Anreise erledigt man dabei am liebsten mit dem eigenen Auto (81 Prozent). Im Idealfall sollte die maximale Anfahrtsdauer nicht mehr als vier Stunden betragen, nur knapp 10 Prozent sind bereit, sechs Stunden oder länger bis zu ihrem Urlaubsort zu fahren.

Im Wintersport-Urlaub stehen neben Entspannung vor allem Skifahren (56 Prozent), Rodeln (44 Prozent) und Eislaufen (28 Prozent) hoch im Kurs. (TT)

Flugpreise binnen Tagen doppelt so teuer

Andreas Kröll, Sprecher der Tiroler Reisebüros, rät zur schnellen Buchung, sonst könnte der Flug in die Wärme im Winter noch teurer werden.

Von Verena Langegger

Innsbruck – „Die Situation ist durchwachsen“, erklärt Andreas Kröll, Sprecher der Tiroler Reisebüros in der Wirtschaftskammer. Mit Vorausbuchungen für den Urlaub in der Ferne im Winter halten sich die Tirolerinnen und Tiroler noch zurück, sagt er. Offenbar warteten viele Menschen noch ab, wie sich die allgemeine Lage und ihre finanzielle Situation angesichts von Inflation, Energiekrise und Corona in den kommenden Wochen entwickeln.

Der Reiseexperte vermutet, dass jene, für die der Winterurlaub der Zweiturlaub ist, noch überlegen, eher einen Skiurlaub machen zu wollen. Zu lange mit der Buchung einer Reise im Winter zu warten, dürfte aber teuer werden. Gebucht werden sollte mindestens sechs Wochen im Voraus, ansonsten drohe ein Preisschub. „Es wird täglich teurer“, warnt Kröll. Grund seien die „dynamischen Flugpreise“. So sei es möglich, dass binnen weniger Tage Flugpreise doppelt so teuer seien. Kröll empfiehlt also, mit einer Reisebuchung in den Weihnachtsferien nicht zu lange zu warten.

„All jene, die immer im Winter verreisen, sind reisebegeistert wie eh und je“, berichtet Kröll. Beliebte Reiseziele seien Südostasien, die Malediven, Mauritius oder die Seychellen. Wer im Winter wegfliht, buche auch oft die Karibik, Mexiko oder die USA. Tirolerinnen und Tiroler, die den hohen Heizkosten entfliehen



Die Malediven bleiben auch diesen Winter ein beliebtes Reiseziel der Tirolerinnen und Tiroler. Foto: iStock

wollen, seien ihm keine bekannt. Es sei einfach zu kalt in Tirol, um überhaupt nicht zu heizen. Viele Norditaliener würden aber sehr wohl ihre Wohnungen verlassen und auf den Kanarischen Inseln überwintern.

Keine Reisebeschränkungen gebe es derzeit durch das Coronavirus. Allerdings sei nicht klar, ob das weiter so bleiben werde, sagt Kröll. Aus heutiger Sicht laute das Motto für Reisewillige aber ganz einfach, „keine Angst zu haben“. Während der Winter für die Reisebüros noch spannend zu bleiben scheint, ist der Sommerurlaub bei sehr vielen Personen bereits ins Bewusstsein gerückt. Schon jetzt würden

Destinationen in Italien, Griechenland oder Spanien nachgefragt.

Nach einem sehr guten Buchungssommer hoffen die Tiroler Reisebüros also auch auf viele Buchungen im



Foto: Feik

„Wegen der dynamischen Flugpreise kann es sein, dass Flugtickets täglich teurer werden.“

Andreas Kröll (Tiroler Reisebüros)

Winter. Das Herunterfahren von Flugverkehr und Tourismuswirtschaft habe die Reisebranche erschüttert, sagt Kröll im Rückblick. Nur die Corona-Hilfsgelder hätten der Branche das Überleben gesichert. Sorgenfalten habe er auch mit Blick auf die Zukunft auf der Stirn. Gerade Energiekrise und Teuerung machten eine längerfristige Planung aber schwierig.

Optimistisch scheint der türkische Reiseverband. Dieser rechnet mit mehr Touristen als in den Vorjahren, wegen der hohen Energiekosten würden viele in der Türkei überwintern. Auch der Reisekonzern TUI ortet bereits eine Zunahme längerer Reisen im Winter.

Bei KV-Gesprächen rumpelt es Plus bei Lehrlingen, nicht alle zufrieden

Wien – Arbeitnehmer im privaten Pflege-, Gesundheits- und Sozialbereich machten gestern Druck in den stockenden Kollektivvertragsverhandlungen für die 130.000 Beschäftigten in der Sozialwirtschaft. Die Gewerkschaften GPA und vida fordern von den Arbeitgebern eine Gehaltserhöhung um 15 Prozent, diese hatten 7,5 geboten. Mit Betriebsversammlungen und einer Demonstration in Wien haben die Arbeitnehmer ihre Position untermauert. Unter dem Motto „Wir leuchten den Arbeitgebern den Weg“, wird die GPA Tirol heute bei einer Kundgebung vor dem Altenwohnheim Kitzbühel 170 Laternen entzündet.

Auch in anderen Branchen rumpelt es. Bei der Herbstlohnrunde für die IT-Branche mit ihren 65.000 Beschäftigten



Die Arbeitnehmer der Sozialwirtschaft untermauerten gestern bei einer Demo in Wien ihre Forderung nach einem Lohn-Plus von 15 Prozent. Foto: APA/Föhrlinger

fanden am Montag Betriebsversammlungen statt, dabei herrschte laut GPA Empörung über das Arbeitgeber-Angebot von 5,65 Prozent. Die GPA spricht von einer „Provokation“ und fordert ein Plus von 11 Prozent.

An die Öffentlichkeit gewandt hat sich auch die Dienstleistungsgewerkschaft vida, die 2000 Euro Brutto-Mindestlohn für die 50.000 Beschäftigten der Branche fordert. Das Angebot der Arbeitgeber im Reinigungsbe-

reich von plus 7,3 Prozent sei unzureichend, dass obendrein noch eine Verschlechterung bei den Arbeitszeiten gefordert werde, sei „wie ein Schlag ins Gesicht für die hart arbeitenden Beschäftigten“, so Monika Rosensteiner, Vorsitzende des vida-Fachbereichs Gebäudemanagement. Der Bruttoeinstiegslohn in der Branche für Vollzeit beträgt aktuell 1681,77 Euro im Monat.

Und auch bei den Transporteuren wird mit angezogener Handbremse verhandelt. Nach der dritten ergebnislosen Verhandlungsrunde wurden für 12. bis 16. Dezember Betriebsversammlungen beschlossen.

Aber es tut sich auch was bei den Abschlüssen. Die Stein- und keramische Industrie hat sich auf ein Plus von 7,34 Prozent geeinigt. (APA, TT)

Plus bei Lehrlingen, nicht alle zufrieden

Wien – Bis Ende Oktober haben deutlich mehr junge Menschen eine Lehre begonnen als im Jahr 2021. Die Zahl der Lehrlinge stieg laut der Wirtschaftskammer (WK) um 7,8 Prozent. Nach den schwierigen Corona-Jahren erfreue sich die Lehre wieder hoher Attraktivität, so die WK, die auf eine Umfrage von Market verweist, wonach 80 Prozent der Lehrlinge zufrieden sind. 72 Prozent wissen „gute Verdienstmöglichkeiten“ mit abgeschlossener Berufslehre zu schätzen“, betont David Narr, Fachkräftekoordinator der WK Tirol. 76 Prozent würden sich demnach jederzeit wieder für eine Lehre entscheiden.

Ob Jugendliche mit ihrer Lehrstelle zufrieden sind,

hängt stark von der gewählten Branche ab, erklärte hingegen die Arbeiterkammer (AK). Laut einer Sonderauswertung des Lehrlingsmonitors, durchgeführt vom Institut für Berufsbildungsforschung öibf, sei nur ein Drittel der Lehrlinge im Tourismus und Handel mit den Ausbildungsbedingungen sehr zufrieden. Im Tourismus möchten 28 Prozent und im Handel 36 Prozent nach der Lehre den Beruf oder die Branche wechseln.

Die AK sieht in der Qualität der Lehrausbildung auch den Grund für den Personalmangel in bestimmten Branchen und fordert ein „Umdenken“ bei der Ausbildung und der Höhe des Lehrlingseinkommens in den Branchen. (APA)

"Wiener Zeitung" vom 09.11.2022 Seite: 4 Ressort: Politik Abendausgabe, Morgenausgabe

Pflegekräfte sind „streikbereit“

Die Sozialwirtschaft demonstriert für Lohnerhöhungen – auch beim Finanzminister.

„Wir sind streikbereit“: Das skandierten Beschäftigte der Sozialwirtschaft am Dienstagnachmittag auf dem Weg zur Abschlusskundgebung vor dem Bundeskanzleramt. Mit einer Demonstration versuchten die Gewerkschaft der Privatangestellten (GPA) und die Dienstleistungsgewerkschaft Vida, ihrer Forderung nach einer Gehaltserhöhung um 15 Prozent, mindestens aber 350 Euro, Nachdruck zu verleihen. „Soziale Arbeit ist mehr wert“, sagte GPA-Vorsitzende Barbara Teiber bei der Kundgebung am Ballhausplatz.

Sie verwies genauso wie Vida-Vorsitzender Roman Hebenstreit darauf, dass für die Beschäftigten in den Pflege- und Sozialberufen nach zweieinhalb Jahren Belastung durch die Pandemie jetzt noch die Rekordteuerung dazugekommen sei. „Mit Einmalzahlungen können sie sich verabschieden“, stellte Teiber klar. Hebenstreit verlangte eine „gerechte“ Lohnerhöhung: „Es ist genug da, es gehört nur fair verteilt. Er erinnerte dabei an Milliarden-Übergewinne der Energiekonzerne.

Laut Gewerkschaft nahmen rund 3.000 Bedienstete an der Demonstration teil.

Verhandlungen gehen weiter

Nach der Demonstration gehen diese Woche die Protestaktionen in den Bundesländern weiter, etwa am Mittwoch in St. Pölten. Die nächste Verhandlungsrunde ist für 16. November angesetzt. In Wien war die Nachmittagsbetreuung in Schulen am Dienstagnachmittag boykottiert, weil 2.200 Freizeitpädagogen, die zur Sozialwirtschaft gehören, vor allem auch gegen den Personalmangel protestierten.

Die Arbeitgeber in der Sozialwirtschaft, die rund 680 Organisationen vertreten, haben im Oktober eine Erhöhung der Löhne um 7,5 Prozent angeboten, was bereits höher wäre als der durchschnittliche Abschluss in der Metallindustrie mit 7,44 Prozent. Die Gewerkschaft auf Arbeitnehmerseite fordert aber doppelt so viel. Für die Arbeitgeberseite steht allerdings fest, dass ein Abschluss in dieser Höhe unmöglich sei.

Wie in der Metallindustrie sind in der Sozialwirtschaft rund 130.000 Beschäftigte betroffen. Der Unterschied: Bei den Pflegeberufen sind es zu rund drei Viertel Frauen, viele in Teilzeitbeschäftigung. Die Metallergehälter sind im Schnitt höher. Außerdem sind viele Sozial- und Pflegeeinrichtungen finanziell über Bundesländer und Gemeinden auf Mittel der öffentlichen Hand angewiesen. Gleichzeitig betonen Politiker auf Landes- und Bundesebene stets, Pflegeberufe müssten durch eine bessere Entlohnung attraktiver werden. Deswegen richtete sich der Protest nicht nur an die Dienstgeber, sondern vor allem auch an Finanzminister Magnus Brunner (ÖVP), der den Bundesländern bei den steigenden Sozialkosten mit Budgetmitteln finanzielle Hilfe bietet. / (ett)

Laut Gewerkschaft nahmen an der Demonstration am Dienstag 3.000 Personen teil. Foto: apa / Helmut Fohringer

Hürde für Schuldirektoren und Lehreraustausch fällt

Mit einer Dienstrechtsnovelle wird versucht, dem akuten Lehrermangel zu begegnen.

Von Karl Ettinger

Es ist ein umfassendes Paket an Neuregelungen: Neben höheren Einstiegsgehältern für Polizeischüler, beim Bundesheer und für Richteramtsanwärter beinhaltet die jüngste Novelle zum Dienstrecht auch eine Beseitigung von Hemmnissen im Schulbereich. Demnach können künftig auch Personen ohne Lehramtsabschluss eine Schulleitung übernehmen. In Pflichtschulen können außerdem Lehrkräfte schulübergreifend eingesetzt werden, etwa Volksschullehrer in Sonderschulen. Mit diesen Maßnahmen ist die Bundesregierung künftig ebenfalls bemüht, dem bestehenden Mangel an Lehrkräften entgegenzutreten.

Die verkürzte Begutachtungsphase für den Gesetzesentwurf zum neuen Dienstrecht, den Vizekanzler Werner Kogler (Grüne) als Beamtenminister ausgeschiedet hat, endete am Dienstag. Wie berichtet, wird mit höheren Einstiegsgehältern probiert, den Berufsbeginn in Teilen des öffentlichen Dienstes attraktiver zu gestalten. Das betrifft insbesondere den Exekutivdienst, bei dem jährlich rund 1.000 neue Polizistinnen und Polizisten gebraucht werden, um die Abgänge durch die Pensionierungen zumindest auszugleichen. Ziel von ÖVP und Grünen ist es nämlich, bis zum Ende der Legislaturperiode 2024 in Summe 4.800 Planstellen im Polizeidienst mehr zu schaffen. Derzeit sind rund 32.000 Beamte im Polizeidienst tätig, ein knappes Fünftel davon sind Frauen.

Bei den Lehrern zielen die geplanten Maßnahmen stärker in die Richtung, die Voraussetzungen für bestimmte Posten und Jobs in den Schulen zu entschärfen und damit die Übernahme dieser Stellen zu erleichtern. Das



Wer eine Schule leiten will, muss keine Lehrbefähigung mehr nachweisen. Foto: apa / Eva Manhart

betrifft vor allem auch die Schulleiterposten. Die Bildungsverantwortlichen sind immer öfter damit konfrontiert, dass sich kaum Bewerber für Direktorenposten finden. Hauptgrund dafür sind die immer größer werdenden bürokratischen Aufgaben, die eine Schuldirektorin oder ein -direktor erledigen muss. Die Funktion wird zunehmend zu einer Managementtätigkeit, teilweise fehlen zur Unterstützung sogar Administrativkräfte in den Direktionen. Gleichzeitig kommen Direktoren nicht mehr zum Unterrichten, außer sie müssen kurzfristig

einspringen, weil sonst kein Lehrpersonal mehr am jeweiligen Tag einsetzbar ist.

Lehramt nicht mehr Voraussetzung für Direktion

Die Dienstrechtsnovelle eröffnet nun den Weg, dass jemand auch ohne explizite Lehrbefähigung die Funktion der Schulleitung übernehmen kann. Voraussetzung dafür ist, dass die Bewerberin oder der Bewerber für einen Direktorsposten mindestens zehn Jahre „erfolgreich“, wie es in den Erläuterungen zum Gesetz heißt, im Schuldienst tätig war.

Begründet wird diese Änderung damit, dass es im österreichischen Schuldienst viele engagierte Lehrpersonen gebe, die zwar ein Studium abgeschlossen haben, aber keine Lehrbefähigung besitzen, die aber dennoch in Schulen tätig sind. Diese Lehrpersonen hätten oftmals umfassende pädagogische Fort- und Weiterbildungen abgeschlossen und verfügten durch ihre Praxistätigkeit im Unterricht über die „erforderliche persönliche, fachliche und pädagogische Eignung sowie die erforderlichen Führungs- und Managementkompetenzen, um auch

eine Schule zu leiten“, wird in den Erläuterungen angeführt.

Es erscheine zeitgemäß, vom Erfordernis einer Lehrbefähigung abzugehen, weil sich Bewerber ohnehin einem umfangreichen Auswahlverfahren stellen müssten. In ihrer Stellungnahme zum Entwurf fordert die Gewerkschaft öffentlicher Dienst, dass in diesem Fall die zehnjährige Lehrpraxis „in der Schulart erbracht werden muss, in der die Leitungsfunktion angestrebt wird“.

Deutschförderklassen erhöhen Bedarf

Eine zweite Maßnahme soll den Austausch zwischen Schulen leichter machen. Auch dies dient den Bestrebungen, dem Personal-mangel in den Schulen Herr zu werden. Es gebe zunehmenden Bedarf an einem schulübergreifenden Einsatz von Lehrkräften, wird als Begründung angeführt. Diese Situationen gebe es in der Praxis für den Gegenstand Deutsch – und zwar für den Unterricht in Deutschförderklassen in Volksschulen. Besonders gravierend ist außerdem der Bedarf an zusätzlichen Lehrkräften in Sonderschulen. Daher sei es zweckmäßig, dass auch Lehrerinnen und Lehrer, die für Volks- und Mittelschulen ausgebildet seien, eine reguläre Anstellung in Sonderschulen erhalten können. Auch Mittelschullehrkräfte sollten regulär in Deutschförderklassen eingesetzt werden können.

Die Neuerungen in der Novelle zum Dienstrecht sind begleitet zur Kampagne des Bildungsministeriums vorgesehen, das verstärkt nach Lehrernachwuchs sucht. Bildungsminister Martin Polaschek hat im Oktober die Kampagne „Klasse.Job“ gestartet, mit der auch das Image des Lehrerberufs verbessert und modernisiert werden soll. ■

Pflegekräfte sind „streikbereit“

Die Sozialwirtschaft demonstriert für Lohnerhöhungen – auch beim Finanzminister.

„Wir sind streikbereit“: Das skandierten Beschäftigte der Sozialwirtschaft am Dienstagmittag auf dem Weg zur Abschlusskundgebung vor dem Bundeskanzleramt. Mit einer Demonstration versuchten die Gewerkschaft der Privatangestellten (GPA) und die Dienstleistungsgewerkschaft Vida, ihrer Forderung nach einer Gehaltserhöhung um 15 Prozent, mindestens aber 350 Euro, Nachdruck zu verleihen. „Soziale Arbeit ist mehr wert“, sagte GPA-Vorsitzende Barbara Teiber bei der Kundgebung am Ballhausplatz.

Sie verwies genauso wie Vida-Vorsitzender Roman Hebenstreit darauf, dass für die Beschäftigten in den Pflege- und Sozialberufen nach zweieinhalb Jahren Belastung durch die Pandemie jetzt noch die Rekordteuerung dazugekommen sei. „Mit Einmalzahlungen können sie sich verabschieden“, stellte Teiber klar. Hebenstreit verlangte eine „gerechte“ Lohnerhöhung: „Es ist genug da,

es gehört nur fair verteilt. Er erinnerte dabei an Milliarden-Übergewinne der Energiekonzerne.

Laut Gewerkschaft nahmen rund 3.000 Bedienstete an der Demonstration teil.

Verhandlungen gehen weiter

Nach der Demonstration gehen diese Woche die Protestaktionen in den Bundesländern weiter, etwa am Mittwoch in St. Pölten. Die nächste Verhandlungsrunde ist für 16. November angesetzt. In Wien war die Nachmittagsbetreuung in Schulen am Dienstagmittag boykottiert, weil 2.200 Freizeitpädagogen, die zur Sozialwirtschaft gehören, vor allem auch gegen den Personalmangel protestierten.

Die Arbeitgeber in der Sozialwirtschaft, die rund 680 Organisationen vertreten, haben im Oktober eine Erhöhung der Löhne um 7,5 Prozent angeboten, was bereits höher wäre als der durchschnittliche Abschluss in der Metallindustrie mit 7,44 Prozent. Die

Gewerkschaft auf Arbeitnehmerseite fordert aber doppelt so viel. Für die Arbeitgeberseite steht allerdings fest, dass ein Abschluss in dieser Höhe unmöglich sei.

Wie in der Metallindustrie sind in der Sozialwirtschaft rund 130.000 Beschäftigte betroffen. Der Unterschied: Bei den Pflegeberufen sind es zu rund drei Viertel Frauen, viele in Teilzeitbeschäftigung. Die Metallergehälter sind im Schnitt höher. Außerdem sind viele Sozial- und Pflegeeinrichtungen finanziell über Bundesländer und Gemeinden auf Mittel der öffentlichen Hand angewiesen. Gleichzeitig betonen Politiker auf Landes- und Bundesebene stets, Pflegeberufe müssten durch eine bessere Entlohnung attraktiver werden. Deswegen richtete sich der Protest nicht nur an die Dienstgeber, sondern vor allem auch an Finanzminister Magnus Brunner (ÖVP), der den Bundesländern bei den steigenden Sozialkosten mit Budgetmitteln finanziell Hilfe bietet. ■ (ett)

Kurz notiert

Justizbudget. 2023 soll die Justiz laut Budgetentwurf 2,087 Milliarden Euro erhalten, um 214,9 Millionen Euro mehr als im Vorjahr. Die Zahl der Planstellen im Justizbereich soll nächstes Jahr um 132 Stellen auf 12.381 erhöht werden. Einen Schwerpunkt will das Ministerium laut einer Aussendung vor allem im Bereich Cyberkriminalität setzen. Dabei soll die Bekämpfung von Hass im Netz im Vordergrund stehen. Auch bei Gewaltschutz und Opferschutz hofft man auf Verbesserungen.

Staatsbürgerschaft. Vorarlbergs Landeshauptmann Markus Wallner und sein Tiroler Amtskollege Anton Mattle (beide ÖVP) lehnen – wie die ÖVP generell – eine leichtere Erreichbarkeit der Staatsbürgerschaft ab. Zuletzt hatte sich Wiens Bürgermeister Michael Ludwig (SPÖ) für eine auf fünf Jahre verkürzte Wartezeit ausgesprochen. „Für mich ist klar, dass es nicht generell zu Erleichterungen bei Einbürgerungen kommen kann“, stellte Wallner fest. Mattle sah keine Veranlassung für Änderungen.

Maßnahmenvollzug. Die schon länger diskutierte Reform des Maßnahmenvollzugs soll demnächst stehen. Dem Vernehmen nach sind die Verhandlungen zwischen Justizministerin Alma Zadic (Grüne) und der ÖVP bereits weit fortgeschritten, hieß es aus Regierungskreisen gegenüber der APA. Der Abschluss soll kurz bevorstehen. Schwerpunkt sind die sogenannten Unterbringungs-voraussetzungen – also wann vorbeugende, freiheitsentziehende Maßnahmen gegen bestimmte Täter gesetzt werden dürfen.

Schlepper festgenommen. Ein 33-jähriger Iraker, der zahlreiche Schleppungen von Serbien über Ungarn nach Österreich durchgeführt haben soll, ist in Serbien festgenommen und nach Wien ausgeliefert worden. Das Festnahmeansuchen war nach Ermittlungen des Bundeskriminalamts zusammen mit dem Landeskriminalamt Steiermark erfolgt. Bei dem Mann soll es sich um den Haupttäter handeln, dessen Organisation rund 1.000 Menschen geschleust haben soll.

Ö1 Journal um fünf 17:00 vom 08.11.2022 17.00 Uhr Ö1 Journal um fünf 17:00 1700

Ö1 Journal um fünf 17:00 (17:00) - Stockende Gerhaltsverhandlungen: Betriebsversammlungen im privaten Pflege- und Sozialbereich

Thönicke-Frenkenberger Christine (ORF) (23 Sekunden)

Lercher Niklas (ORF) (6 Sekunden)

Unbekannte/r (Privat) (11 Sekunden)

Lercher Niklas (ORF) (10 Sekunden)

Unbekannte/r (Privat) (5 Sekunden)

Lercher Niklas (ORF) (5 Sekunden)

Unbekannte/r (Privat) (5 Sekunden)

Lercher Niklas (ORF) (6 Sekunden)

Ö1 Mittagsjournal 12:00 vom 08.11.2022 12.00 Uhr Ö1 Mittagsjournal 12:00 1200

Ö1 Mittagsjournal 12:00 (12:00) - KV-Verhandlungen: Betriebsversammlungen und Demonstration bei der Sozialwirtschaft

Seelmann Helene (ORF) (29 Sekunden)

Schmuck Julia (ORF) (19 Sekunden)

Guglberger Michaela (Gewerkschaft vida) (15 Sekunden)

Schmuck Julia (ORF) (12 Sekunden)

Marschitz Walter (Sozialwirtschaft Österreich) (10 Sekunden)

Schmuck Julia (ORF) (17 Sekunden)

Marschitz Walter (Sozialwirtschaft Österreich) (11 Sekunden)

Schmuck Julia (ORF) (27 Sekunden)

Guglberger Michaela (Gewerkschaft vida) (13 Sekunden)

Schmuck Julia (ORF) (2 Sekunden)

Ö1 Morgenjournal 07:00 vom 08.11.2022 07.00 Uhr Ö1 Morgenjournal 07:00 0700

Ö1 Morgenjournal 07:00 (07:00) - Sozialwirtschaft-KV: Betriebsversammlungen finden statt

Atzara Rosanna (ORF) (20 Sekunden)

Ö1 Morgenjournal 08:00 vom 08.11.2022 08.00 Uhr Ö1 Morgenjournal 08:00 0800

Ö1 Morgenjournal 08:00 (08:00) - KV-Verhandlungen: Beschäftigte der Sozialwirtschaft demonstrieren

Atzara Rosanna (ORF) (26 Sekunden)

Ö3 Mittagsjournal 12:00 vom 08.11.2022 12.00 Uhr Ö3 Mittagsjournal 12:00 1200

Ö3 Mittagsjournal 12:00 (12:00) - Sozialwirtschaft-KV: Betriebsversammlungen und Demo in Wien

Hons Rainer (ORF) (13 Sekunden)

Schmuck Julia (ORF) (15 Sekunden)

Guglberger Michaela (Gewerkschaft vida) (16 Sekunden)

Schmuck Julia (ORF) (8 Sekunden)

Marschitz Walter (Sozialwirtschaft Österreich) (10 Sekunden)

Schmuck Julia (ORF) (5 Sekunden)

Zeit im Bild 1 vom 08.11.2022 19.30 Uhr Zeit im Bild 1 1930

Zeit im Bild 1 (19:30) - Pflege- und Sozialbereich fordert höhere Gehälter

ÖFF Sprecherin (ORF) (19 Sekunden)

ZIB 9 vom 08.11.2022 09.00 Uhr ZIB 9 0900

ZIB 9 (09:00) - Sozialwirtschaft-KV: Gewerkschaft erhöht Druck

Salzer Rebekka (ORF) (14 Sekunden)

Schmer-Galunder Johannes (ORF) (62 Sekunden)

ZIB Flash 21:50 vom 08.11.2022 21.50 Uhr ZIB Flash 21:50 2150

ZIB Flash 21:50 (21:50) - Pflege- und Sozialbereich demonstriert für mehr Gehalt

Wassertheurer Christiane (ORF) (16 Sekunden)

Scherz Eva (GPA-djp - Gewerkschaft der Privatangestellten, Druck, Journalismus, Papier) (5 Sekunden)

Eber Manfred (KPÖ) (6 Sekunden)

Radio Burgenland

"Radio Burgenland Nachrichten (22:00)" vom 08.11.2022

Radio Burgenland Nachrichten (22:00)

Radio Burgenland Nachrichten zur vollen Stunde (22:00)

Sendedatum: 2022-11-08

Sendezeit: 22:00

Sendungsdauer: 05:00

(00:03:39) ...hundert Beschäftigte in der Sozial Wirtschaft sind dem Aufruf der Gewerkschaft gefolgt. Darunter ist auch Barbara. Geht es um Wirtschaft? Und...

Radio Kärnten

"Radio Kärnten Journal 17:00" vom 08.11.2022

Radio Kärnten Journal 17:00

Nachrichten

Sendedatum: 2022-11-08

Sendezeit: 17:00

Sendungsdauer: 10:00

(00:01:15) ...hundert Beschäftigte in der Sozial Wirtschaft sind dem Aufruf der Gewerkschaft gefolgt. Darunter ist auch Barbara. Wird das Geld angeschoben und...

(00:07:10) ...Immer mehr Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wurden die Pflege verlassen. Die Gewerkschaft fordert den Einsatz von Hilfskräften. Das Land sagt, das sei...

Radio Niederösterreich

"Radio Niederösterreich-Journal 12:02" vom 08.11.2022

Radio Niederösterreich-Journal 12:02

Nachrichten

Sendedatum: 2022-11-08

Sendezeit: 12:02

Sendungsdauer: 08:00

(00:01:49) ...privaten Pflege, Gesundheits und Sozialbereich sind in stocken geraten. Die Gewerkschaften fordern von den Arbeitgebern eine Gehaltserhöhung um fünfzehn Prozent. Diese...

(00:03:03) ...dem zwei tausend Euro Mindestlohn im gesamten Konzern auch der Gewerkschaft entgegen. Diese fordert neben höheren lohnen aktuell Außerdem ein generelles...

Radio Niederösterreich

"Radio Niederösterreich-Journal 17:00" vom 08.11.2022

Radio Niederösterreich-Journal 17:00

Nachrichten

Sendedatum: 2022-11-08

Sendezeit: 17:00

Sendungsdauer: 09:00

(00:01:02) ...hundert Beschäftigte in der Sozial Wirtschaft sind dem Aufruf der Gewerkschaft gefolgt. Darunter ist auch Barbara. Geht es um Wirtschaft und...

Radio Niederösterreich

"Radio Niederösterreich Nachrichten (22:00)" vom 08.11.2022

Radio Niederösterreich Nachrichten (22:00)

Nachrichten

Sendedatum: 2022-11-08

Sendezeit: 22:00

Sendungsdauer: 08:00

(00:03:37) ...hundert Beschäftigte in der Sozial Wirtschaft sind dem Aufruf der Gewerkschaft gefolgt. Darunter ist auch Barbara. Geht es um Wirtschaft und...

Radio Oberösterreich

"Radio Oberösterreich Nachrichten 12:30" vom 08.11.2022

Radio Oberösterreich Nachrichten 12:30

Nachrichten

Sendedatum: 2022-11-08

Sendezeit: 12:30

Sendungsdauer: 05:00

(00:03:17) ...ist. In der Sozial Wirtschaft finden heute Betriebsversammlungen statt. Die Gewerkschaften fordern fünfzehn Prozent mehr Gehalt, um die Personal Lücken schließen...

(00:04:01) ...Gespräche beeinflussen. Sagt Soziallandesrat Wolfgang Hattmannsdorfer von der ÖVP. Die Gewerkschaft GPA wiederum hat heute mit Beschäftigten Betriebsversammlungen auch im Handel...

(00:04:02) ...beeinflussen. Sagt Soziallandesrat Wolfgang Hattmannsdorfer von der ÖVP. Die Gewerkschaft GPA wiederum hat heute mit Beschäftigten Betriebsversammlungen auch im Handel abgehalten....

(00:04:12) ...in Wels bei Interspar statt. Wolfgang Gerst Mayer von der Gewerkschaft sagt. Und darum braucht es jetzt noch weitere Erhöhungen Einzahlungen....

(00:04:29) ...uns nicht mit den, was in Zukunft kommt. Sagt der Gewerkschafter. Jetzt geht es mit den nächsten Verhandlungsrunden weiter. Rund um...

Radio Oberösterreich

"Radio Oberösterreich Nachrichten (22:00)" vom 08.11.2022

Radio Oberösterreich Nachrichten (22:00)

Nachrichten

Sendedatum: 2022-11-08

Sendezeit: 22:00

Sendungsdauer: 08:00

(00:03:36) ...hundert Beschäftigte in der Sozial Wirtschaft sind dem Aufruf der Gewerkschaft gefolgt. Darunter ist auch Barbara. Geht es um Wirtschaft? Und...

Radio Salzburg

"Radio Salzburg Nachrichten (22:00)" vom 08.11.2022

Radio Salzburg Nachrichten (22:00)

Nachrichten zur vollen Stunde

Sendedatum: 2022-11-08

Sendezeit: 22:00

Sendungsdauer: 07:00

(00:03:38) ...hundert Beschäftigte in der Sozial Wirtschaft sind dem Aufruf der Gewerkschaft gefolgt. Darunter auch Barbara geht es um Wirtschaft? Und der...

Radio Steiermark

"Radio Steiermark Nachrichten (22:00)" vom 08.11.2022

Radio Steiermark Nachrichten (22:00)

Radio Steiermark Nachrichten zur vollen Stunde

Sendedatum: 2022-11-08

Sendezeit: 22:00

Sendungsdauer: 07:00

(00:03:38) ...hundert Beschäftigte in der Sozial Wirtschaft sind dem Aufruf der Gewerkschaft gefolgt. Darunter ist auch Barbara. Geht es um Wirtschaft? Und...

Radio Tirol

"Radio Tirol Weltnachrichten - Nachtjournal (22:00)" vom 08.11.2022

Radio Tirol Weltnachrichten - Nachtjournal (22:00)

Radio Tirol Nachrichten zur vollen Stunde

Sendedatum: 2022-11-08

Sendezeit: 22:00

Sendungsdauer: 07:00

(00:03:38) ...hundert Beschäftigte in der Sozial Wirtschaft sind dem Aufruf der Gewerkschaft gefolgt. Darunter ist auch Barbara. Geht es um Wirtschaft und...

Radio Vorarlberg

"Radio Vorarlberg Nachrichten (22:00)" vom 08.11.2022

Radio Vorarlberg Nachrichten (22:00)

Nachrichten

Sendedatum: 2022-11-08

Sendezeit: 22:00

Sendungsdauer: 07:00

(00:03:38) ...hundert Beschäftigte in der Sozial Wirtschaft sind dem Aufruf der Gewerkschaft gefolgt. Darunter ist auch Barbara geht es um Wirtschaft und...

Radio Wien

"Radio Wien Stadtjournal 07:00" vom 08.11.2022

Radio Wien Stadtjournal 07:00

Das Radio Wien Stadtjournal

Sendedatum: 2022-11-08

Sendezeit: 07:00

Sendungsdauer: 05:00

(00:01:01) ...sucht Berater rund fünf und dreissig. Tausend Personen sind laut Gewerkschaft GPA in Wien in der Sozial Wirtschaft bei privaten Betreibern...

(00:01:01) ...Berater rund fünf und dreissig. Tausend Personen sind laut Gewerkschaft GPA in Wien in der Sozial Wirtschaft bei privaten Betreibern beschäftigt....

(00:01:24) ...eine Kundgebung geplant ist. Hintergrund sind die gescheiterten Kollektivvertragsverhandlungen. Die Gewerkschaft GPA will eine Gehaltserhöhung von fünfzehn Prozent. Das Angebot der...

(00:01:24)Kundgebung geplant ist. Hintergrund sind die gescheiterten Kollektivvertragsverhandlungen. Die Gewerkschaft GPA will eine Gehaltserhöhung von fünfzehn Prozent. Das Angebot der Arbeitgeber...

Radio Wien

"Radio Wien Stadtjournal 12:00" vom 08.11.2022

Radio Wien Stadtjournal 12:00

Das Radio Wien Stadtjournal

Sendedatum: 2022-11-08

Sendezeit: 12:00

Sendungsdauer: 07:00

(00:04:15) ...Demonstration und Betriebsversammlungen Druck. Die dritte Verhandlungsrunde zum Kollektivvertrag zwischen Gewerkschaften und Arbeitgebern der Sozial Wirtschaft ist Mitte Oktober ergebnislos unterbrochen...

Radio Wien

"Radio Wien Stadtjournal (22:00)" vom 08.11.2022

Radio Wien Stadtjournal (22:00)

Nachrichten

Sendedatum: 2022-11-08

Sendezeit: 22:00

Sendungsdauer: 06:00

(00:03:38) ...hundert Beschäftigte in der Sozial Wirtschaft sind dem Aufruf der Gewerkschaft gefolgt. Darunter ist auch Barbara. Geht es um Wirtschaft, und...

"Kleine Zeitung" vom 08.11.2022 Seite: 24 Ressort: Wirtschaft Von: Hannes Gaisch-Faustmann Steiermark, Kärnten

„Der Applaus zahlt keine Rechnungen“

Die Sozialen Berufe wollen die KV-Runde viel höher abschließen als die Metaller. Warum sie weiterhin auf ein Plus von 15 Prozent pochen.

Silvia Wisiak ist Behindertenfachkraft der Lebenshilfe, am Montag nimmt sie ausnahmsweise ein Mikrofon in die Hand, um ihre Kolleginnen und Kollegen einzustimmen: „Unsere Arbeit ist anstrengend, ein Knochenjob. Wir haben durch die Coronakrise geführt und dafür viel Applaus bekommen. Der Applaus zahlt aber keine Stromrechnungen.“ So ein Statement kommt bei der öffentlichen Betriebsversammlung von Lebenshilfe, Jugend am Werk und SOS Kinderdorf gut an, die Kollegenschaft quittiert es mit kräftigem Beifall.

Die private Sozialwirtschaft ringt also weiterhin um eine Einigung bei den KV-Verhandlungen. Noch weit liegen das Angebot der Arbeitgeber – 7,5 Prozent – und die Forderung der Gewerkschaften GPA und vida – 15 Prozent – auseinander. Die Verhandler treffen sich am 19. November wieder; komme es da zu keiner Einigung, würden für 24. November Betriebsrätekonferenzen einberufen, erklärt Christian Maierhofer, GPA-Regionalsekretär in der Steiermark, den nächsten Schritt.

„Wir sind streikbereit“, ergänzt Patrick Jauk, Betriebsratsvorsitzender der steirischen Lebenshilfe (Soziale Dienste), auf die Frage, wie weit man bereit sei, zu gehen. Warnstreiks in der Sozialwirtschaft hat es auch 2019 und 2020 – bei der bislang letzten KV-Einigung – gegeben. Diesmal hofft der Dachverband SWÖ, diese Klippe für die 580 Mitgliedsorganisationen mit rund 130.000 Beschäftigten in 100 Berufsgruppen umschiffen zu können. Immerhin liege ihr Angebot über dem Abschluss der Metaller mit 7,44 Prozent plus.

„Die Einigung der Metaller beeinflusst uns nicht“, wehrt Betriebsratschef Jauk ab. „Wir waren zwei Jahre die Helden. Worte reichen nicht, jetzt müssen Taten folgen“, fordert er. Für eine kräftige KV-Erhöhung spreche zudem der notorische Personalmangel in den Sozialberufen. Sie müssten finanziell attraktiviert werden, um die personellen Lücken zu füllen. „Ständig jammern unsere Geschäftsführer, dass sie kein Personal finden. Aber ich glaube, sie wollen die Stellen gar nicht nachbesetzen. Denn für sie ist jeder unterbesetzte Tag ein Tag mit Gewinn“, sagt Jauk.

Von Überlastung spricht auch Wisiak. „Wir machen unsere Arbeit von Herzen gern, aber der Druck steigt, und wir helfen uns immer öfter gegenseitig aus“, erklärt die Behindertenfachkraft. Belinda Winkler, eine Arbeitsanleiterin in einer Nähwerkstatt, erklärt sich solidarisch. „Ich bin zufrieden, aber ich weiß, dass es dort, wo es Nachtschichten gibt, nicht gut läuft. Viele Leute hören nach einem Jahr wieder auf, weil es ihnen zu viel wird. Es wird auch nicht ausreichend honoriert.“

Stand die Verkürzung der Arbeitszeit 2019 und 2020 noch im Mittelpunkt der gewerkschaftlichen Forderungen, rückte das Thema heuer in den Hintergrund. Sekretär Maierhofer bestätigt: „Jetzt geht es uns um eine echte Realloohnerhöhung. Die Abgeltung der Inflation ist nicht genug.“ Maierhofer pocht zudem auf eine Erhöhung des „seit Jahren nicht angepassten Kilometergeldes“ für jene Kolleginnen und Kollegen, die mobil sein müssen.

Es stocken derzeit auch noch die KV-Verhandlungen bei den Eisenbahnern und im Handel – in beiden Branchen geht es am Donnerstag mit Gesprächen weiter. Auch mit der Brauindustrie konnte sich die Gewerkschaft PRO-GE in drei KV-Runden nicht einigen. Am Montag gab es bundesweit Betriebsversammlungen.

DEUTSCHER ONLINEHÄNDLER BUERO.DE

Interesse an 47 Galeria-Filialen

Der deutsche Onlinehändler Buero.de hat einem „Bild“-Bericht zufolge sein Übernahmeangebot für Filialen der insolventen Kaufhauskette Galeria Karstadt Kaufhof des Tiroler Investors René Benko ausgeweitet. Das Unternehmen steht nun in Verhandlungen für die Übernahme von 47 Filialen.

Interessiert sei Buero.de an Standorten in mittelgroßen Städten. Erste Gespräche mit dem Insolvenzverwalter der Galeria-Gruppe seien von Unternehmenschef Markus Schön aufgenommen worden. Schön: „Wir hoffen sehr, dass eine Rettung der Filialen und Arbeitsplätze möglich ist.“

STRESSTEST BESTANDEN

Blackout „sehr unwahrscheinlich“

Die Sicherung der Stromversorgung in diesem Winter werde eine Herausforderung, aber dass es zu einem Blackout komme, ist laut Stromnetzbetreiber Austrian Power Grid (APG) sehr unwahrscheinlich. Im realistischsten Szenario komme es „zu keiner einzigen Stunde zu einer Lastunterdeckung, also einer Situation, wo

es zu wenig Stromangebot für die Stromnachfrage gäbe“, sagte Energieministerin Leonore Gewessler (Grüne) nach einem von der APG durchgeführten Stresstest. Österreich deckt seinen Strombedarf im Winterhalbjahr zu 16 Prozent aus Importen, zu 22 Prozent aus Gaskraftwerken, zu 62 Prozent aus Erneuerbaren.

UM 50 MILLIONEN IN TIROL

Sandoz baut aus

Die Novartis-Tochter Sandoz investiert 50 Millionen Euro am Tiroler Standort Kundl. Das Geld wird in ein neues Antibiotika-Werk fließen, um die Produktionskapazitäten für Penicillin zu erhöhen. 2024 soll das Werk in Betrieb gehen.

GUTACHTEN

Ringens um BWB

Grüne und ÖVP sind uneinig über die künftige Führung der Bundeswettbewerbsbehörde. Ein Gutachten im Auftrag des Wirtschaftsministeriums sieht nun den von den Grünen bisher abgelehnten VP-Kandidaten Michael Sachs als geeignet an.

VORZEITIGER ABGANG BEI DER ÖSTERREICH WERBUNG

Lisa Weddig tritt als Chefin ab

Österreich Werbung muss wieder auf Chefsuche gehen.

Sie war erst im Juni 2021 angetreten, nun gibt Lisa Weddig bereits wieder ihren frühzeitigen Abgang als Chefin der Österreich Werbung (ÖW) bekannt. Die 39-Jährige wird „aus persönlichen Gründen“ die Geschäftsführung mit Ende März 2023 zurücklegen und in ihre Heimat Deutschland zurück-



Lisa Weddig
WEICHSSELBRAUN

kehren. Bis zu diesem Zeitpunkt soll auch eine Entscheidung über die Nachfolge getroffen werden. Die Ausschreibung der ÖW-Geschäftsführung soll zeitnah erfolgen. Weddig war von 2015 bis 2020 Geschäftsführerin von TUI Österreich. Ihr ÖW-Vertrag wäre bis 2026 gelaufen.



„Der Applaus zahlt keine Rechnungen“

Die Sozialen Berufe wollen die KV-Runde viel höher abschließen als die Metaller. Warum sie weiterhin auf ein Plus von 15 Prozent pochen.

Von Hannes Gaisch-Faustmann

Silvia Wisiak ist Behindertenfachkraft der Lebenshilfe, am Montag nimmt sie ausnahmsweise ein Mikrofon in die Hand, um ihre Kolleginnen und Kollegen einzustimmen: „Unsere Arbeit ist anstrengend, ein Knochenjob. Wir haben durch die Coronakrise geführt und dafür viel Applaus bekommen. Der Applaus zahlt aber keine Stromrechnungen.“ So

ein Statement kommt bei der öffentlichen Betriebsversammlung von Lebenshilfe, Jugend am Werk und SOS Kinderdorf gut an, die Kollegenschaft quittiert es mit kräftigem Beifall.

Die private Sozialwirtschaft ringt also weiterhin um eine Einigung bei den KV-Verhandlungen. Noch weit liegen das Angebot der Arbeitgeber – 7,5 Prozent – und die Forderung der Gewerkschaften GPA und vida – 15 Prozent – auseinander. Die



In der Sozialwirtschaft werden diese Woche Betriebsversammlungen abgehalten

KLZ/BENJAMIN GASSER

Verhandler treffen sich am 19. November wieder; komme es da zu keiner Einigung, würden für 24. November Betriebsrätekonferenzen einberufen, erklärt Christian Maierhofer, Regionalsekretär der GPA, den nächsten Schritt.

„Wir sind streikbereit“, ergänzt Patrick Jauk, Betriebsratsvorsitzender der steirischen Lebenshilfe (Soziale Dienste), auf die Frage, wie weit man bereit sei, zu gehen. Warnstreiks in der Sozialwirtschaft hat es auch 2019 und 2020 – bei der bislang letzten KV-Einigung – gegeben. Diesmal hofft der Dachverband SWÖ, diese Klippe für die 580 Mitgliedsorganisationen mit rund 130.000 Beschäftigten in 100 Berufsgruppen umschiffen zu können. Immerhin liege ihr Angebot über dem Abschluss der Metaller mit 7,44 Prozent plus.

„Die Einigung der Metaller beeinflusst uns nicht“, wehrt

Betriebsratschef Jauk ab. „Wir waren zwei Jahre die Helden. Worte reichen nicht, jetzt müssen Taten folgen“, fordert er. Für eine kräftige KV-Erhöhung spreche zudem der notorische

Personalmangel in den Sozialberufen. Sie müssten finanziell attraktiviert werden, um die personellen Lücken zu füllen. „Ständig jammern unsere Geschäftsführer, dass sie kein Personal finden. Aber ich glaube, sie wollen die Stellen gar nicht nachbesetzen. Denn für sie ist jeder unterbesetzte Tag

ein Tag mit Gewinn“, sagt Jauk.

Von Überlastung spricht auch Wisiak. „Wir machen unsere Arbeit von Herzen gern, aber der Druck steigt, und wir helfen uns immer öfter gegenseitig aus“, erklärt die Behindertenfachkraft. Belinda Winkler, eine Arbeitsanleiterin in einer Näherwerkstatt, erklärt sich solidarisch. „Ich bin zufrieden, aber

ich weiß, dass es dort, wo es Nachtschichten gibt, nicht gut läuft. Viele Leute hören nach einem Jahr wieder auf, weil es ihnen zu viel wird. Es wird auch nicht ausreichend honoriert.“

Stand die Verkürzung der Arbeitszeit 2019 und 2020 noch im Mittelpunkt der gewerkschaftlichen Forderungen, rückte das Thema heuer in den Hintergrund. Sekretär Maierhofer bestätigt: „Jetzt geht es uns um eine echte Reallohnerhöhung. Die Abgeltung der Inflation ist nicht genug.“ Maierhofer pocht zudem auf eine Erhöhung des „seit Jahren nicht angepassten Kilometersgeldes“ für jene Kolleginnen und Kollegen, die mobil sein müssen.

Es stocken derzeit auch noch die KV-Verhandlungen bei den Eisenbahnern und im Handel – in beiden Branchen geht es am Donnerstag mit Gesprächen weiter. Auch mit der Brauindustrie konnte sich die Gewerkschaft PRO-GE in drei KV-Runden nicht einigen. Am Montag gab es bundesweit Betriebsversammlungen.

WEITERE BRANCHEN

HANDEL

Die Arbeitgeberseite im Handel bot 3,5 Prozent und eine steuerfreie Einmalzahlung, die Gewerkschaft wies das als „völlig unzureichend“ zurück und fordert zehn Prozent Gehaltssteigerung. Noch bis morgen finden in ganz Österreich Betriebsversammlungen statt, die nächste Verhandlungsrunde ist am 10. November.



BRAUEREIEN

Bei der dritten KV-Runde am 3. November boten die Arbeitgeber einen Fixbetrag von 100 Euro auf alle Lohngruppen und eine Einmalzahlung von 300 Euro. Dies decke nicht einmal die Inflation ab, kritisieren die Verhandler der Gewerkschaft und halten an der Forderung nach einem Plus von elf Prozent fest. Am 23. November wird wieder verhandelt. ADOBE STOCK 2



EISENBAHNER

Für die Eisenbahner will die Gewerkschaft unter anderem einen monatlichen Fixbetrag von 500 Euro auf alle KV- und Ist-Gehälter erreichen, das Angebot der Unternehmenseite liegt derzeit bei sieben Prozent. Den Vorwurf, man verschleppe die Verhandlungen, weisen die Arbeitgeber zurück, nach Betriebsversammlungen trifft man sich am Donnerstag.



„Ein Knochenjob“: Silvia Wisiak

DEUTSCHER ONLINEHÄNDLER BUERO.DE

Interesse an 47 Galeria-Filialen

Der deutsche Onlinehändler Buero.de hat einem „Bild“-Bericht zufolge sein Übernahmeangebot für Filialen der insolventen Kaufhauskette Galeria Karstadt Kaufhof des Tiroler Investors René Benko ausgeweitet. Das Unternehmen stehe nun in Verhandlungen für die Übernahme von 47 Filia-

len. Interessiert sei Buero.de an Standorten in mittelgroßen Städten. Erste Gespräche mit dem Insolvenzverwalter der Galeria-Gruppe seien von Unternehmenschef Markus Schön aufgenommen worden. Schön: „Wir hoffen sehr, dass eine Rettung der Filialen und Arbeitsplätze möglich ist.“

STRESSTEST BESTANDEN

Blackout „sehr unwahrscheinlich“

Die Sicherung der Stromversorgung in diesem Winter werde eine Herausforderung, aber dass es zu einem Blackout komme, ist laut Stromnetzbetreiber Austrian Power Grid (APG) sehr unwahrscheinlich. Im realistischsten Szenario komme es „zu keiner einzigen Stunde zu einer Lastunterdeckung, also einer Situation, wo

es zu wenig Stromangebot für die Stromnachfrage gäbe“, sagte Energieministerin Leonore Gewessler (Grüne) nach einem von der APG durchgeführten Stresstest. Österreich deckt seinen Strombedarf im Winterhalbjahr zu 16 Prozent aus Importen, zu 22 Prozent aus Gaskraftwerken, zu 62 Prozent aus Erneuerbaren.

UM 50 MILLIONEN IN TIROL

Sandoz baut aus

Die Novartis-Tochter Sandoz investiert 50 Millionen Euro am Tiroler Standort Kundl. Das Geld wird in ein neues Antibiotika-Werk fließen, um die Produktionskapazitäten für Penicillin zu erhöhen. 2024 soll das Werk in Betrieb gehen.

GUTACHTEN

Ringgen um BWB

Grüne und ÖVP sind uneinig über die künftige Führung der Bundeswettbewerbsbehörde. Ein Gutachten im Auftrag des Wirtschaftsministeriums sieht nun den von den Grünen bisher abgelehnten VP-Kandidaten Michael Sachs als geeignet an.

VORZEITIGER ABGANG BEI DER ÖSTERREICH WERBUNG

Lisa Weddig tritt als Chefin ab

Österreich Werbung muss wieder auf Chefsuche gehen.

Sie war erst im Juni 2021 angetreten, nun gibt Lisa Weddig bereits wieder ihren frühzeitigen Abgang als Chefin der Österreich Werbung (ÖW) bekannt. Die 39-Jährige wird „aus persönlichen Gründen“ die Geschäftsführung mit Ende März 2023 zurücklegen und in ihre Heimat Deutschland zurück-



Lisa Weddig
WEICHSSELBRAUN

kehren. Bis zu diesem Zeitpunkt soll auch eine Entscheidung über die Nachfolge getroffen werden. Die Ausschreibung der ÖW-Geschäftsführung soll zeitnah erfolgen. Weddig war von 2015 bis 2020 Geschäftsführerin von TUI Österreich. Ihr ÖW-Vertrag wäre bis 2026 gelaufen.



„Der Applaus zahlt keine Rechnungen“

Die Sozialen Berufe wollen die KV-Runde viel höher abschließen als die Metaller. Warum sie weiterhin auf ein Plus von 15 Prozent pochen.

Von Hannes Gaisch-Faustmann

Silvia Wisiak ist Behindertenfachkraft der Lebenshilfe, am Montag nimmt sie ausnahmsweise ein Mikrofon in die Hand, um ihre Kolleginnen und Kollegen einzustimmen: „Unsere Arbeit ist anstrengend, ein Knochenjob. Wir haben durch die Coronakrise geführt und dafür viel Applaus bekommen. Der Applaus zahlt aber keine Stromrechnungen.“ So

ein Statement kommt bei der öffentlichen Betriebsversammlung von Lebenshilfe, Jugend am Werk und SOS Kinderdorf gut an, die Kollegenschaft quittiert es mit kräftigem Beifall.

Die private Sozialwirtschaft ringt also weiterhin um eine Einigung bei den KV-Verhandlungen. Noch weit liegen das Angebot der Arbeitgeber – 7,5 Prozent – und die Forderung der Gewerkschaften GPA und vida – 15 Prozent – auseinander. Die



In der Sozialwirtschaft werden diese Woche Betriebsversammlungen abgehalten

KLZ/BENJAMIN GASSER

Verhandler treffen sich am 19. November wieder; komme es da zu keiner Einigung, würden für 24. November Betriebsrätekonferenzen einberufen, erklärt Christian Maierhofer, GPA-Regionalsekretär in der Steiermark, den nächsten Schritt.

„Wir sind streikbereit“, ergänzt Patrick Jauk, Betriebsratsvorsitzender der steirischen Lebenshilfe (Soziale Dienste), auf die Frage, wie weit man bereit sei, zu gehen. Warnstreiks in der Sozialwirtschaft hat es auch 2019 und 2020 – bei der bislang letzten KV-Einigung – gegeben. Diesmal hofft der Dachverband SWÖ, diese Klippe für die 580 Mitgliedsorganisationen mit rund 130.000 Beschäftigten in 100 Berufsgruppen umschiffen zu können. Immerhin liege ihr Angebot über dem Abschluss der Metaller mit 7,44 Prozent plus.

„Die Einigung der Metaller beeinflusst uns nicht“, wehrt

Betriebsratschef Jauk ab. „Wir waren zwei Jahre die Helden. Worte reichen nicht, jetzt müssen Taten folgen“, fordert er. Für eine kräftige KV-Erhöhung spreche zudem der notorische

Personalmangel in den Sozialberufen. Sie müssten finanziell attraktiviert werden, um die personellen Lücken zu füllen. „Ständig jammern unsere Geschäftsführer, dass sie kein Personal finden. Aber ich glaube, sie wollen die Stellen gar nicht nachbesetzen. Denn für sie ist jeder unterbesetzte Tag ein Tag mit Gewinn“, sagt Jauk.

der unterbesetzte Tag ein Tag mit Gewinn“, sagt Jauk.

Von Überlastung spricht auch Wisiak. „Wir machen unsere Arbeit von Herzen gern, aber der Druck steigt, und wir helfen uns immer öfter gegenseitig aus“, erklärt die Behindertenfachkraft. Belinda Winkler, eine Arbeitsanleiterin in einer Näherwerkstatt, erklärt sich solidarisch. „Ich bin zufrieden, aber

ich weiß, dass es dort, wo es Nachtschichten gibt, nicht gut läuft. Viele Leute hören nach einem Jahr wieder auf, weil es ihnen zu viel wird. Es wird auch nicht ausreichend honoriert.“

Stand die Verkürzung der Arbeitszeit 2019 und 2020 noch im Mittelpunkt der gewerkschaftlichen Forderungen, rückte das Thema heuer in den Hintergrund. Sekretär Maierhofer bestätigt: „Jetzt geht es uns um eine echte Reallohnerhöhung. Die Abgeltung der Inflation ist nicht genug.“ Maierhofer pocht zudem auf eine Erhöhung des „seit Jahren nicht angepassten Kilometergeldes“ für jene Kolleginnen und Kollegen, die mobil sein müssen.

Es stocken derzeit auch noch die KV-Verhandlungen bei den Eisenbahnern und im Handel – in beiden Branchen geht es am Donnerstag mit Gesprächen weiter. Auch mit der Brauindustrie konnte sich die Gewerkschaft PRO-GE in drei KV-Runden nicht einigen. Am Montag gab es bundesweit Betriebsversammlungen.

WEITERE BRANCHEN

HANDEL

Die Arbeitgeberseite im Handel bot 3,5 Prozent und eine steuerfreie Einmalzahlung, die Gewerkschaft wies das als „völlig unzureichend“ zurück und fordert zehn Prozent Gehaltssteigerung. Noch bis morgen finden in ganz Österreich Betriebsversammlungen statt, die nächste Verhandlungsrunde ist am 10. November.



BRAUEREIEN

Bei der dritten KV-Runde am 3. November boten die Arbeitgeber einen Fixbetrag von 100 Euro auf alle Lohngruppen und eine Einmalzahlung von 300 Euro. Dies decke nicht einmal die Inflation ab, kritisieren die Verhandler der Gewerkschaft und halten an der Forderung nach einem Plus von elf Prozent fest. Am 23. November wird wieder verhandelt. ADOBE STOCK 2



EISENBAHNER

Für die Eisenbahner will die Gewerkschaft unter anderem einen monatlichen Fixbetrag von 500 Euro auf alle KV- und Ist-Gehälter erreichen, das Angebot der Unternehmenseite liegt derzeit bei sieben Prozent. Den Vorwurf, man verschleppe die Verhandlungen, weisen die Arbeitgeber zurück, nach Betriebsversammlungen trifft man sich am Donnerstag.

"Kronen Zeitung" vom 08.11.2022 Seite: 16 Ressort: Lokal Von: H. Baumgartner Stmk

„Personal halten geht nur mit fairem Gehalt“

Plus 15 Prozent bei den Löhnen fordern die Gewerkschaften der Sozialwirtschaft. Steirische Beschäftigte geben sich kämpferisch.

Die Metaller sind seit Ende letzter Woche durch und haben in der Herbstlohnrunde ein Plus von rund 7,5 Prozent herausverhandelt. In anderen Branchen sind die Verhandlungen noch in der heißen Phase – und die Beschäftigten geben sich angesichts der grassierenden Teuerungswelle heuer besonders kämpferisch.

Auch in der Steiermark rufen Arbeitnehmervvertreter dieser Tage zu Betriebsversammlungen auf. Gestern machten die Beschäftigten der Sozialwirtschaft in Graz den Auftakt. „Zwei Jahre lang wurden wir als Helden in der Corona-Krise beklatscht, jetzt müssen endlich Taten folgen!“, sagte Patrick Jauk, Betriebsratsvorsitzender der Lebenshilfe vor versammelter Runde und erntete dafür stürmischen Applaus.

Satte 15 Prozent plus oder zumindest 350 Euro mehr am monatlichen Gehaltszettel fordern die Gewerkschaften GPA und vida. Dem gegenüber steht das bisherige Angebot über 7,5 Prozent der Arbeitgeber. „Damit ist gerade einmal die Inflation abgegolten, das bringt uns keinen Schritt nach vorne“, so Jauk. Der Arbeitsalltag im Sozial- und Gesundheitsbereich werde immer fordernder und viele engagierte Mitarbeiter würden die Branche verlassen, so der Tenor bei der Versammlung. „Es wird immer schwieriger, Stellen nachzubesetzen und Personal zu halten, das geht nur mit einer fairen Entlohnung!“, sagt Lebenshilfe-Mitarbeiterin Silvia Wisiak.

Sollten die nächsten Verhandlungsrunden kein zufriedenstellendes Ergebnis liefern, „sind wir auch streikbereit“, betont Betriebsrat Jauk.

Mitten in harten Verhandlungen und Betriebsversammlungen stecken auch gerade die Handelsangestellten, sie fordern ein Plus von zehn Prozent. „Die Lage im Handel ist massiv angespannt, die Beschäftigten sind nach den Krisenjahren total ausgelaugt“, sagt Gewerkschafterin Sandra Höllinger.

In der Steiermark sind rund 20.000 Personen im privaten Pflege-, Gesundheits-, und Sozialbereich tätig, 130.000 in ganz Österreich.

20.000 Beschäftigte

In der Steiermark sind rund 20.000 Personen imprivaten Pflege-, Gesundheits-, und Sozialbereich tätig, 130.000 in ganz Österreich.

Beschäftigte der Sozialwirtschaft trafen sich gestern in Graz zu einer Betriebsversammlung. „Von Anerkennung alleine können wir keine Rechnungen zahlen“, so Behindertenbetreuerin Silvia Wisiak (re.).

„Personal halten geht nur mit fairem Gehalt“

Plus 15 Prozent bei den Löhnen fordern die Gewerkschaften der Sozialwirtschaft. Steirische Beschäftigte geben sich kämpferisch.

Die Metaller sind seit Ende letzter Woche durch und haben in der Herbstlohnrunde ein Plus von rund 7,5 Prozent herausverhandelt. In anderen Branchen sind die Verhandlungen noch in der heißen Phase – und die Beschäftigten geben sich angesichts der grassierenden Teuerungswelle heuer besonders kämpferisch.

Auch in der Steiermark rufen Arbeitnehmervertreter dieser Tage zu Betriebsversammlungen auf. Gestern machten die Beschäftigten

der Sozialwirtschaft in Graz den Auftakt. „Zwei Jahre lang wurden wir als Helden in der Corona-Krise beklatscht, jetzt müssen endlich Taten folgen!“, sagte Patrick Jauk, Betriebsratsvorsitzender der Lebenshilfe vor versammelter Runde und erntete dafür stürmischen Applaus.

Satte 15 Prozent plus oder zumindest 350 Euro mehr am monatlichen Gehaltszettel fordern die Gewerkschaften GPA und vida. Dem gegenüber steht das bisherige Angebot über 7,5 Prozent

20.000

BESCHÄFTIGTE
In der Steiermark sind rund 20.000 Personen im privaten Pflege-, Gesundheits-, und Sozialbereich tätig, 130.000 in ganz Österreich.

der Arbeitgeber. „Damit ist gerade einmal die Inflation abgegolten, das bringt uns keinen Schritt nach vorne“, so Jauk. Der Arbeitsalltag im Sozial- und Gesundheits-

bereich werde immer fordernder und viele engagierte Mitarbeiter würden die Branche verlassen, so der Tenor bei der Versammlung. „Es wird immer

schwieriger, Stellen nachzubesetzen und Personal zu halten, das geht nur mit einer fairen Entlohnung!“, sagt Lebenshilfe-Mitarbeiterin Silvia Wisiak.

Sollten die nächsten Verhandlungsrunden kein zufriedenstellendes Ergebnis liefern, „sind wir auch streikbereit“, betont Betriebsrat Jauk.

Mitten in harten Verhandlungen und Betriebsversammlungen stecken auch gerade die Handelsangestellten, sie fordern ein Plus von zehn Prozent. „Die

Lage im Handel ist massiv angespannt, die Beschäftigten sind nach den Krisenjahren total ausgelagert“, sagt Gewerkschafterin Sandra Höllinger. H. Baumgartner



Foto: Christian Jauschowitz



Foto: Christian Jauschowitz

Beschäftigte der Sozialwirtschaft trafen sich gestern in Graz zu einer Betriebsversammlung. „Von Anerkennung alleine können wir keine Rechnungen zahlen“, so Behindertenbetreuerin Silvia Wisiak (re.).

HAARPROBEN

Viele EU-Mandatare mit längst verbotenen Pestiziden „verseucht“

Erschreckende Bilanz hauchdünner Haartests bei Brüsseler Abgeordneten! Denn bei fast allen der 44 untersuchten EU-Mandatare wurden toxische Spuren entdeckt. Und das von Pestiziden, die teilweise schon seit Jahrzehnten verboten sind. „Bei mir fanden die Labor-Chemiker DDT, das seit

den 1970ern nicht mehr eingesetzt werden darf. Aber auch das krebserregende Mittel Lindan war dabei“, rauft sich die heimische Parlamentariern Sarah Wiener ob des Ergebnisses die Haare. Ihre Hoffnung: Dass die neue EU-Pestizidverordnung in ferner Zukunft Wirkung zeigen wird.



Fotos: EPA, www.picturedesk.com

Auch im Haar von EU-Mandatarin Wiener wurde Gift entdeckt

CORONA ÖSTERREICH

2717 NEUINFIZIERTE innerhalb von 24 Stunden. 5.468.967 Infizierte gesamt. Stand: 7. 11. 2022 im Vergleich zum Vortag | corona@kronenzeitung.at

BELEGTE INTENSIVBETTEN	IMPFFQUOTE	
85	0	57,2%
ERSTE IMPFUNG	INZIDENZ	
77,15%	326,3	-1,5
ZWEITE IMPFUNG	TODESFÄLLE	
74,37%	21.040	+3
DRITTE IMPFUNG	TESTS	
57,58%	k.A.	k.A.
VIERTE IMPFUNG	GENESENE	
13,18%	5.402.313	+3710

TIROL

Netzwerk-Problem legte drei Tunnel lahm

Ein Netzwerk-Ausfall der Asfinag hat Montag zu Problemen in mehreren Tunnels in ganz Österreich gesorgt. In Tirol mussten deswegen sogar drei Röhren vorübergehend gesperrt werden: der Arlberg-, Perjen- und Roppen-Tunnel. Die Verkehrssicherheit sei aber nicht beeinträchtigt gewesen.

BURGENLAND

Sektenähnliche Gruppe mit Zulauf

Die sektenähnliche, pro-russische Esoterik-Bewegung „Anastasia“ fasst in Österreich Fuß. Laut Dokumentationsstelle politischer Islam hat die als antisemitisch geltende Gruppe durch Corona Auftrieb erhalten. Im Südburgenland sollte sogar ein Zentrum entstehen.

ANZEIGE

MISSION VORWÄRTS:
GERÜSTET FÜR DIE AUFGABEN VON MORGEN.

EINSATZBEREIT FÜR ÖSTERREICH
KARRIERE.BUNDESHEER.AT

ENTGELTLICHE EINSCHULTUNG: BUNDESMINISTERIUM FÜR LANDESVERTEIDIGUNG, BMLV, ROSSAUER LANDE 1, 1090 WIEN; FOTO: BUNDESHEER/ZISSER

UNSER HEER